



Datenbankrecherche

Elektronisches Dokument:

Dokumentation der Themenkonferenz „Arbeit und Beschäftigung in Lurup“, 20.04.2001, Emmaus-Gemeinde, Lurup

Originalquelle:	http://www.unser-lurup.de/
Download mit freundlicher Genehmigung von:	STEG Hamburg mbH / Stadtteilladen Lurup
Originalformat:	pdf
Speicherdatum:	2003-07-01
Speicherort:	http://edoc.difu.de/orlis/DF4921.pdf

Ein Service des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin



**Dokumentation
der Themenkonferenz
Arbeit und Beschäftigung in Lurup**

20.04.2001

Emmaus-Gemeinde, Lurup

Veranstalter:

Technische Universität Hamburg-Harburg
Arbeitsbereich 1-06:
Stadt- und Regionalökonomie / Stadt- und Regionalsoziologie
Woellmerstraße 1
21075 Hamburg
Projektleitung: Prof. Dr. Ingrid Breckner, Prof. Dr. Dieter Läßle
Wiss. Mitarb.: Dipl.-Soz. Toralf González, Dr. Heike Herrmann
Kontakt: Tel. 42878-4306; gonzalez@tu-harburg.de

in Zusammenarbeit mit:

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin
Kontakt: www.sozialestadt.de

Inhalt

Tagungsprogramm	3
1. Einleitung	4
2. Vorträge der Programmbegleitung	6
2.1 Entwicklungstendenzen auf dem Hamburger Arbeitsmarkt und Ansätze lokaler Beschäftigungspolitik (Dieter Läßle)	6
2.1.1 Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus?.....	6
2.1.2 Die Teilökonomien der Stadt.....	12
2.2 Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsstruktur in Lurup (Toralf González).....	16
2.2.1 Arbeitsmarktstruktur	16
2.2.2 Gewerbe- und Branchenstruktur.....	19
2.2.3 Vorläufige Ergebnisse der Betriebsbefragung	23
3. Gesprächsrunde.....	30
4. Arbeitsgruppen.....	33
4.1 Welche Netzwerke sind in der lokalen Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik notwendig? (AG 1).....	33
4.2 Wie können lokale Potenziale zum Aufbau sozialer Unternehmen entdeckt und genutzt werden? (AG 2)	33
4.3 Wie lassen sich die Entwicklungsbedingungen für Betriebe innerhalb Lurups und im gewerblichen Umfeld verbessern? (AG 3).....	34
5. Schlussfolgerungen der Programmbegleitung	36
Anhang: Teilnehmerliste	39

Tagungsprogramm

Plenum – Moderation: Burkhard Plemper (NDR)

- 9:00 – 9:20 **Begrüßung**
Prof. Dr. Ingrid Breckner (TU Hamburg-Harburg)
Dr. Uwe Hornauer (Bezirksamtsleiter Altona)
- 9:20 – 9:50 **Entwicklungstendenzen auf dem Hamburger Arbeitsmarkt
und Ansätze lokaler Beschäftigungspolitik**
Prof. Dr. Dieter Läßle (TU Hamburg-Harburg)
- 9:50 – 10:00 Nachfragen
- 10:00 – 10:30 **Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstruktur in Lurup**
Toralf González (TU Hamburg-Harburg)
- 10:30 – 10:45 Kaffeepause
- 10:45 – 11:30 **Gesprächsrunde**
Holger Schultz (Hermes Schleifmittel), Christine Rössler-Yildirim (Bahn AG),
Frauke Müller (Job Club), Erika Bantschenko / Silke Jungen (Frauenoase Lurup)
Rolf-Peter Lühr (Deutsches Institut für Urbanistik)
- 11:30 – 12:30 **Diskussion**
- 12:30 – 13:30 **Mittagspause**

Arbeitsgruppen - Moderation: TU Hamburg-Harburg

- 13:30 – 14:00 Input-Referate
- AG 1 **Welche Netzwerke sind in der lokalen
Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik notwendig?**
Gisela Beck (Geschäftsführung des Hamburger Beschäftigungsträgers GATE)
Moderation: Prof. Dr. Ingrid Breckner
- AG 2 **Wie können lokale Potenziale zum Aufbau
sozialer Unternehmen entdeckt und genutzt werden?**
Brigitte Voß (Projektmanagerin des Studienganges Gemeinwesenökonomie
der Evangelischen FH Rauhes Haus)
Moderation: Dr. Heike Herrmann
- AG 3 **Wie lassen sich die Entwicklungsbedingungen für Betriebe
innerhalb Lurups und im gewerblichen Umfeld verbessern?**
Birgit Gutenmorgen (Wirtschafts- und EU-Projektförderung Bezirksamt Altona)
Moderation: Toralf González
- 14:00 – 15:30 **Diskussion in Arbeitsgruppen**
- 15:30 – 15:45 **Kaffeepause**

Plenum – Moderation: B. Plemper (NDR)

- 15:45 – 17:00 **Abschlussdiskussion**
Integration der Projektideen, Umsetzungsmöglichkeiten, offene Fragen

1. Einleitung

In den Luruper Quartieren Flösseviertel und Lüdersring / Lüttkamp werden seit Januar 2000 vom Quartiersmanagement der STEG zusammen mit dem Luruper Forum im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung in Hamburg Vorschläge für die Verbesserung der lokalen Lebensbedingungen erarbeitet und umgesetzt. Lurup ist darüber hinaus das Hamburger Modellgebiet des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt“. Die TU Hamburg-Harburg wurde vom Deutschen Institut für Urbanistik beauftragt, in Lurup die „Programmbegleitung vor Ort“ durchzuführen. Ein Schwerpunkt unserer Tätigkeit liegt in der Begleitung und Unterstützung des Quartiersmanagements bei der Aufgabe, die lokalen Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen zu verbessern. Die Themenkonferenz vom 20.4.2001 sollte hierzu einen ersten Beitrag leisten.

Unter dem Titel „Arbeit und Beschäftigung“ verstehen wir Handlungs- und Politikfelder, die mindestens eines der folgenden vier Ziele verfolgen:

- Anpassung des Arbeitsangebotes an die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt
- Erschließung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten
- Förderung von wirtschaftlichen Aktivitäten in bestimmten Sektoren und Stadträumen
- Orientierung der Projekte/Maßnahmen auf die Förderung des Gemeinwohls und die Zurückdrängung der sozialen Ausgrenzung

Die Umsetzung dieser Ziele im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung ist bisher nur unzureichend gelungen. Wie der Bezirksamtsleiter Dr. Hornauer in seiner Begrüßung der Tagungsteilnehmer deutlich machte, sind die bisherigen Aktivitäten und auch Ergebnisse der Sozialen Stadtteilentwicklung in Hamburg im breiten Feld der sozialen Infrastruktur angesiedelt. Dem Bezirksamtsleiter erschien es auch sehr ehrgeizig, Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen ausgerechnet im Stadtteil Lurup zu thematisieren, der zwar Stammsitz zweier renommierter Hamburger Großunternehmen ist, aber in erster Linie als Wohnort dient. In der Tat wäre es naiv, den Umbau von Stadtrandstrukturen anhand des städtebaulichen Leitbildes der Nutzungsmischung in Angriff nehmen zu wollen. Auch die in der Fachöffentlichkeit diskutierten Strategien für eine Aktivierung der lokalen Ökonomie lassen sich nicht unmittelbar auf die Luruper Wohnquartiere „Flösseviertel“ und „Lüdersring/Lüttkamp“ übertragen, da es in den Modellgebieten selbst – im Gegensatz zu innerstädtischen Quartieren – nur wenige Stadtteil- und Quartiersbetriebe gibt, die Ansatzpunkt für eine Stabilisierung der lokalen Ökonomie und für eine Verbesserung der Beschäftigungssituation sein könnten. Das Fehlen von Patentrezepten bedeutet zunächst, dass der Blick über die engen Gebietsgrenzen hinweg erweitert werden muss, um Ansatzpunkte für eine Handlungsperspektive zu gewinnen:

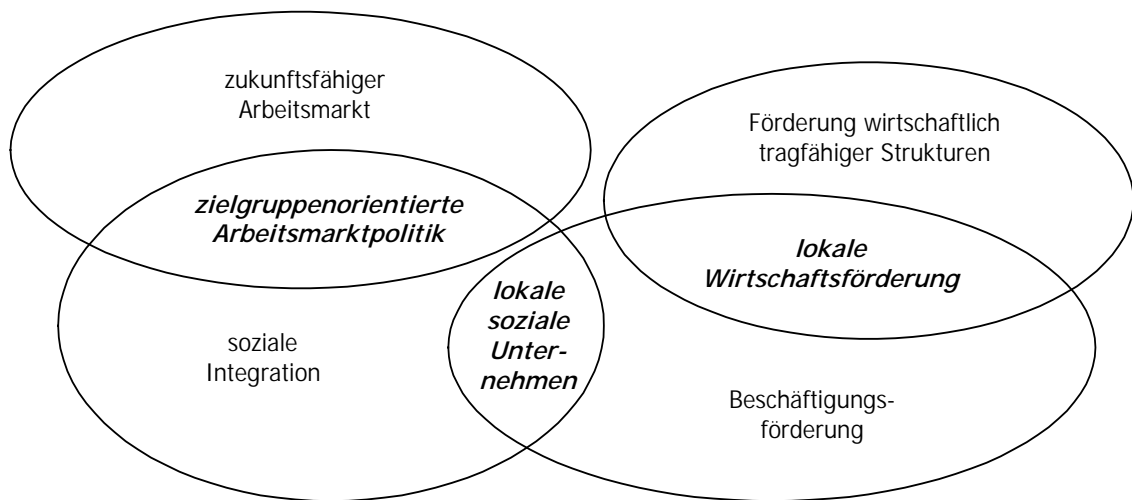
- Zum einen befinden sich im Umfeld Lurups zahlreiche, für den Bezirk Altona bedeutende Gewerbe- und Industriegebiete mit einem entsprechend großen Arbeitsplatz- und Ausbildungsangebot. Hier liegen Ressourcen, die für eine innovative lokalökonomische Entwicklung Lurups genutzt werden können und sollen (vgl. Kapitel 2.2).
- Zum anderen erweisen sich lokale Problemkonstellationen im Bereich Arbeit und Beschäftigung von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst, deren Gestaltung jenseits lokaler Macht- und Entscheidungssphären stattfindet. Entwicklungstendenzen des

gesamstädtischen, in manchen Fällen sogar des nationalen Arbeitsmarktes müssen in Überlegungen auf Stadtteilebene einbezogen werden (vgl. Kapitel 2.1).

Die Themenkonferenz wollte nicht nur den Blick für die räumlichen und inhaltlichen Bezüge weiten, sondern auch mögliche Akteure in einen ersten öffentlichen Dialog einbinden (vgl. Kapitel 3).

Das Fehlen von Patentrezepten hat schließlich auch zur Folge, dass sich die Frage nach konkreten Handlungsansätzen nicht vorschnell auf einzelne Aspekte eingrenzen lässt. Die drei Themen der Arbeitsgruppen (vgl. Kapitel 4) sollten daher alle vier wesentlichen Ziele des Handlungsfeldes Arbeit und Beschäftigung berücksichtigen. Der komplexe Handlungszusammenhang lässt sich, bildlich vereinfacht, als jeweilige Schnittmenge der vier Hauptziele beschreiben.

Abb. 1: Ziele und Strategien im Handlungsfeld Arbeit und Beschäftigung



Die Abschlussdiskussion der Tagung hat gezeigt, wie schwer sich konkrete Handlungsvorschläge zu einem homogenen Ganzen zusammenfügen lassen. Die Programmbegleitung der TU Hamburg-Harburg hat daher aus ihrer Perspektive ein handlungsorientiertes Resümee gezogen (vgl. Kapitel 5). Sie wird sich um die weitere Konkretisierung und Umsetzung dieser Handlungsperspektive bemühen und die Festigung des auf der Themenkonferenz zusammengekommenen Netzwerkes unterstützen.

2. Vorträge der Programmbegleitung

2.1 *Entwicklungstendenzen auf dem Hamburger Arbeitsmarkt und Ansätze lokaler Beschäftigungspolitik (Dieter Läßle)*

2.1.1 **Geht der Arbeitsgesellschaft die Arbeit aus?**¹

Unter dem Eindruck der seit Jahren anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und den damit verbundenen vielfältigen Formen gesellschaftlicher Ausgrenzung gewann die These von der *Krise oder gar vom Ende der Arbeitsgesellschaft* eine zunehmende Plausibilität. In den fachlichen und öffentlichen Diskursen wird die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft meist mit der Jobvernichtung durch den "globalen Turbokapitalismus" oder den Einsatz intelligenter Technologien begründet. In meinen Ausführungen zur Arbeitsentwicklung in Hamburg werde ich deutlich machen, dass pauschale Etiketten wie "Brasilianisierung des Westens" (Ulrich Beck) oder "Ende der Arbeitsgesellschaft" wenig geeignet sind, die gegenwärtigen Umbrüche und Problemlagen auf dem Arbeitsmarkt zu erfassen.

Angesichts der aktuellen Beschäftigungsprobleme ist man geneigt, die Nachkriegsentwicklung als eine Phase ökonomischer Prosperität und der Vollbeschäftigung zu verklären. Ein Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosenquoten seit 1948 macht schnell deutlich, dass die Phase der Vollbeschäftigung beschränkt war auf die kurze Zeitspanne von 1960 bis 1973. Und auch diese Phase der Vollbeschäftigung wurde durch die erste Nachkriegsrezession von 1966/67 unterbrochen. Der zeitliche Verlauf der Arbeitslosenquoten seit 1973 macht zudem deutlich, dass die Arbeitslosigkeit kein konjunkturelles Problem mehr ist, sondern sich mit jeder Krise weiter verfestigt hat. In den letzten zwanzig Jahren ist es in keinem konjunkturellen Aufschwung gelungen, die Arbeitslosenquoten wieder auf den Stand vor der jeweils letzten Rezession zu drücken. Die negativen Folgen ökonomischer Krisen auf dem Arbeitsmarkt werden nicht durch einen anschließenden ökonomischen Aufschwung korrigiert, sondern sie nisten sich in die gesellschaftlichen Strukturen ein. In diesem Sinne resultiert die besondere gesellschaftliche Dramatik nicht nur aus dem inzwischen erreichten quantitativen Ausmaß der Arbeitslosigkeit (also der Höhe der Arbeitslosenquoten), sondern vor allem aus deren zeitlicher Verfestigung in der Form von *Dauerarbeitslosigkeit* sowie deren selektiver sozialräumlicher Konzentration und deren Verknüpfung mit anderen Formen struktureller Benachteiligung wie Wohnungsnot, Obdachlosigkeit oder Unterversorgung in den Bereichen Bildung und Gesundheit.

Umbrüche und Problemlagen auf dem Arbeitsmarkt:

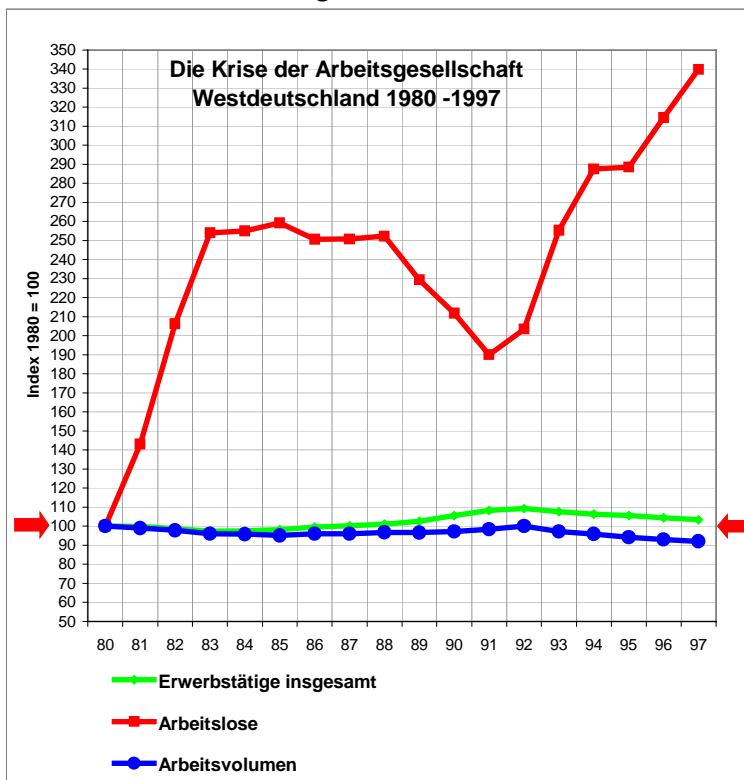
Die Entkopplung von Beschäftigungsentwicklung und Arbeitslosigkeit

Massenarbeitslosigkeit wird in der Regel assoziiert mit dem massenhaften Wegfall von Arbeitsplätzen. In der öffentlichen Diskussion wird dies meist unmittelbar in Zusammenhang gebracht mit der Globalisierung, also dem Export von Arbeitsplätzen bzw. der Verdrängung von Arbeitsplätzen durch internationale Billigstkonkurrenz. Ein genauer Blick auf die empirische Arbeitsmarktentwicklung macht allerdings deutlich, dass dieser simple

¹ Die empirischen Aussagen zur Hamburger Arbeitsmarktentwicklung basieren u.a. auf Ergebnissen des Forschungsprojekts „Die Entwicklung der Beschäftigung der Freien und Hansestadt Hamburg,“ das Birgit Kempf unter der Leitung von Dieter Läßle am Arbeitsbereich Stadt- und Regionalökonomie der TUHH bearbeitet hat. Das Projekt wurde im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative ADAPT des Europäischen Sozialfonds mit einer Kofinanzierung durch die BAGS durchgeführt. (Die Kurzfassung des Berichtes ist als PDF-Datei verfügbar: www.tu-harburg.de/stadtforschung/dl/dl.htm)

Zusammenhang zwischen Massenarbeitslosigkeit und massenhafter Arbeitsplatzvernichtung in Deutschland nicht besteht. Im Gegenteil: Dem massenhaften Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 1980 steht kein Rückgang, sondern ein – wenn auch geringer – Zuwachs an Arbeitsplätzen gegenüber. Das bedeutet, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit lässt sich nicht begründen mit einer stark rückläufigen Nachfrage nach Arbeit, sondern ist offensichtlich verbunden mit einer deutlichen **Zunahme des Arbeitsangebotes**. Die Bedeutung der Erwerbsarbeit hat in den letzten Jahren nicht ab-, sondern eindeutig zugenommen. Neben den geburtenstarken Jahrgänge waren es vor allem Erwerbsarbeit suchende Frauen und Zuwanderer, die das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt bestimmt haben.

Abb. 2: Krise der Arbeitsgesellschaft



In Abbildung 2 wird der Entwicklung der Arbeitslosen die Entwicklung des Arbeitsvolumens (in Stunden) und der Erwerbstätigen (in Arbeitsplätzen) gegenüber gestellt. Dabei steht dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit ein geringer Rückgang des Arbeitsvolumens gegenüber. Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit ergibt sich in der Zeitspanne zwischen 1980 und 1997 ein Anstieg der Arbeitsplätze.

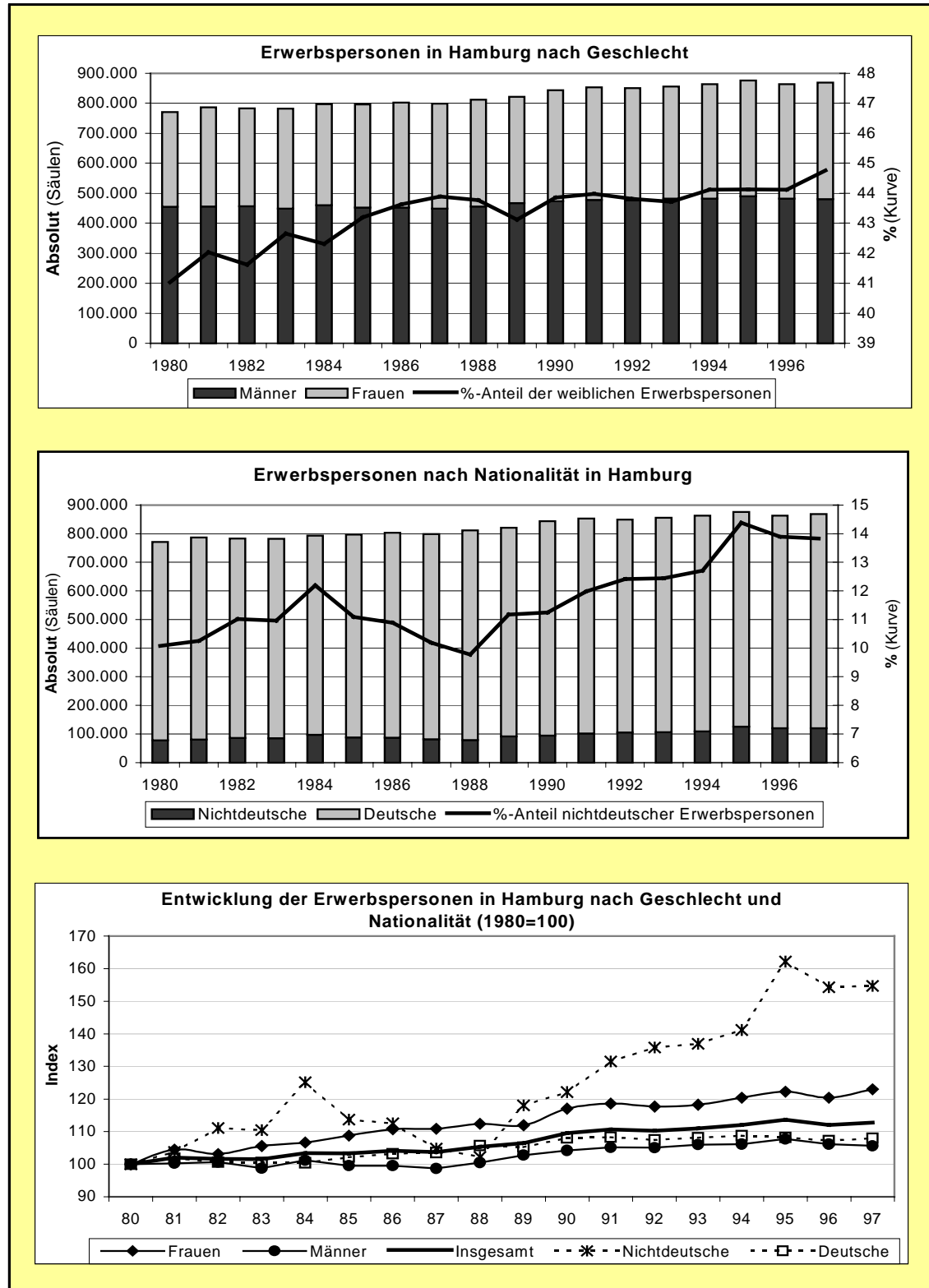
Die Massenarbeitslosigkeit lässt sich nicht als unmittelbare Folge der

Globalisierung erklären. Empirische Analysen zeigen, dass in Deutschland die aktuellen Arbeitsmarktprobleme ihre Ursache vor allem in einer mangelnden Beschäftigungsdynamik der Wirtschaftsbereiche haben, die nicht auf den Weltmarkt ausgerichtet und auch nicht unmittelbar internationalem Wettbewerb ausgesetzt sind. In diesen „geschützten“ Bereichen wird – wie internationale Vergleiche zeigen – eine mögliche Expansion der Beschäftigung durch die institutionellen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes blockiert. Mit anderen Worten: Weltmarktorientierte Unternehmen können den hohen Lohnnebenkosten, insbesondere den steigenden sozialen Kosten, die durch die Massenarbeitslosigkeit der letzten Jahrzehnte entstanden sind, meist durch weitere Rationalisierungsstrategien begegnen, wogegen die lokal orientierten und in der Regel sehr arbeitsintensiven Betriebe meist nur sehr eingeschränkte Rationalisierungsmöglichkeiten haben und damit immer stärker unter einem kumulativen Kostendruck leiden. Wenn in diesen Branchen eine Beschäftigungsexpansion durch relativ steigende Sozialabgaben und Steuern blockiert ist, verfestigt sich die Arbeitslosigkeit zunehmend. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit ist somit das komplexe Resultat eines – durch Globalisierung beschleunigten – ökonomisch-

technologischen Strukturwandels, einer Krise des nationalen Regulationssystems der Arbeit sowie eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels.

In der Diskussion über Arbeitslosigkeit wird meist die Angebotsseite ausgeblendet und übersehen, dass das Arbeitskräfteangebot deutlich zugenommen hat. Als Indikator für die

Abb. 3: Erwerbspersonen in Hamburg nach Geschlecht und Nationalität



Quelle: StaLa Hamburg, eigene Berechnungen; TUHH - Stadt-/ Regionalökonomie; B. Kempf

Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes² eignet sich die Entwicklung der Erwerbspersonen. Die Erwerbspersonenzahl von Hamburg gibt an, wieviel Personen erwerbstätig sind oder aktiv eine Arbeit suchen (Erwerbstätige plus Erwerbslose am Wohnort Hamburg). Zwischen 1980 und 1997 stieg die Zahl fast kontinuierlich an und lag 1997 um 12 % über dem Niveau von 1980 (vgl. Abb. 3). Die Tatsache, dass die Erwerbspersonenzahl deutlich stärker gewachsen ist als die Bevölkerungszahl deutet bereits an, dass sich das Erwerbsverhalten der Hamburger Bevölkerung verändert hat. Der Anteil der "Erwerbswilligen" innerhalb der Bevölkerung hat zugenommen. Dabei war es vor allem das Erwerbsverhalten von Frauen, das zu einem Anstieg des Arbeitskräfteangebotes geführt hat. Die Frauenerwerbsquote erhöhte sich in Hamburg zwischen 1980 und 1990 um fast 9 %-Punkte auf 64,6 %. Der Arbeitsmarkt in Hamburg wurde jedoch in den zurückliegenden Jahren nicht nur weiblicher, sondern auch multiethnischer. Die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen stieg in Hamburg zwischen 1980 und 1997 um 55 % auf 120.000 Personen an.

In Abbildung 4 sind die **Gewinner und Verlierer der Hamburger Arbeitsmarktentwicklung** in einer tabellarischen Übersicht dargestellt. Der Hamburger Arbeitsmarkt zeigt seit 1980 sehr unterschiedliche Entwicklungstrends und äußerst vielschichtige und heterogene „Matching“-Prozesse.

**Abb. 4: Gewinner und Verlierer der Arbeitsmarktentwicklung
Beschäftigtenentwicklung in Hamburg 1980/97 (%-Veränderungen)**

Beschäftigte insgesamt		- 4,6 %
Geschlecht	<i>FRAUEN:</i>	+ 5,7 %
	Männer:	- 11,6 %
Arbeitszeit	<i>TEILZEIT:</i>	+ 29,5 %
	Vollzeit:	- 8,6 %
Nationalität	Deutsche:	- 4,7 %
	<i>AUSLÄNDER:</i>	- 2,9 %
Schulbildung ¹	Haupt-/ Realschule:	- 17,4%
	<i>ABITUR:</i> ²	+ 111,6%
Berufliche Ausbildung ³	Un-/Angelernte ⁴	- 43,2%
	mit Berufsausbildung:	- 1,1%
	<i>STUDIUM:</i>	+ 88,9%
Beruflicher Status (Stellung im Beruf)	Arbeiter:	- 27,1 %
	Facharbeiter:	- 29,7 %
	Meister:	- 28,6 %
	<i>ANGESTELLTE:</i>	+ 11,1 %

¹ Beschäftigte ohne Auszubildende

² Inkl. Beschäftigte mit Studienabschluß.

³ Beschäftigte ohne Auszubildende

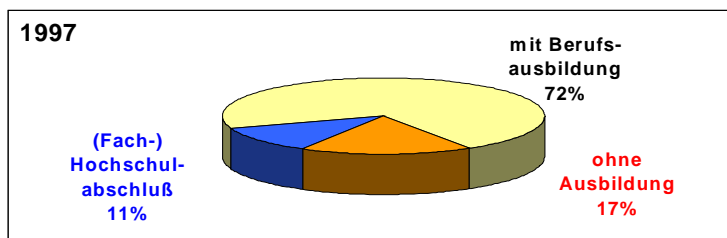
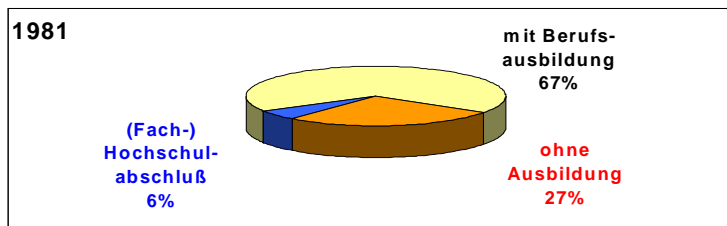
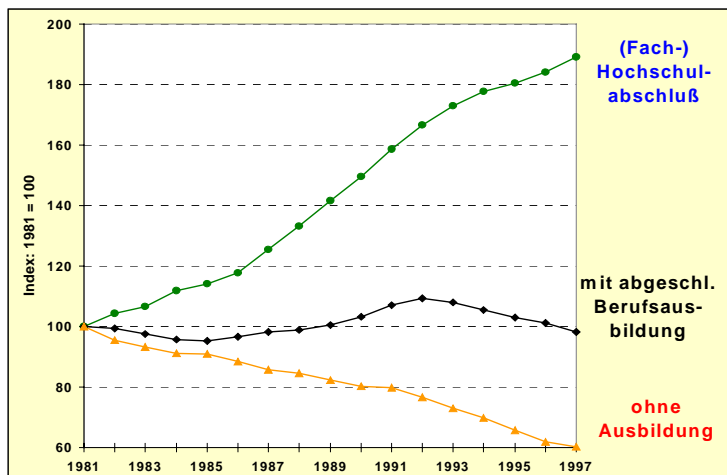
⁴ Beschäftigte ohne Berufsausbildung (und ohne Auszubildende).

Rein quantitativ betrachtet waren Frauen, Teilzeitbeschäftigte, Abiturienten und Hochschulabsolventen die Gewinner der Arbeitsmarktentwicklung. Diese Gruppen konnten – trotz dem allgemeinen Stellenabbau zwischen 1980 und 1990 – Beschäftigungsgewinne

² Die enge Pendlerverflechtung im Agglomerationsraum Hamburg hat ebenfalls starke Auswirkungen auf den Hamburger Arbeitsmarkt. Durch einen überproportional hohen Anteil der Einpendler erhöht sich das Arbeitskräfteangebot in Hamburg erheblich. 1997 war jeder dritte Arbeitsplatz in Hamburg von Einpendlern bzw. Einpendlerinnen besetzt.

verbuchen. Die eigentlichen Verlierer sind niedrig oder in traditionellen Bereichen qualifizierte Männer, die in der Folge des Strukturwandels ihre Arbeitsplätze verloren haben, sowie ungenügend qualifizierte Jugendliche, insbesondere die zweite Generation der Arbeiteremigranten, für die der Zugang zum Arbeitsmarkt blockiert ist.

Abb. 5 : Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Hamburg nach Art der Ausbildung



Quelle: Beschäftigtenstatistik, eig. Berechnungen: TUHH -Stadt-/Regionalökonomie: B. Kempf

Sehr deutlich wird die Bedeutung der schulischen und beruflichen Qualifikation, die auf dem Arbeitsmarkt ganz offensichtlich die Funktion eines Zugangsfilters haben. Im krassen Gegensatz zur rückläufigen Ausbildungsintensität der Betriebe erhöhte sich das berufliche Qualifikationsniveau der Beschäftigten zwischen 1981 und 1997 erheblich (vgl. Abb. 5). Hatten 1981 immerhin noch 27 % der Beschäftigten keine Berufsausbildung absolviert, so waren 1997 nur noch 17 % ohne Berufsausbildung beschäftigt. Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich der Anteil der Beschäftigten mit einem Fach- oder Hochschulabschluss.

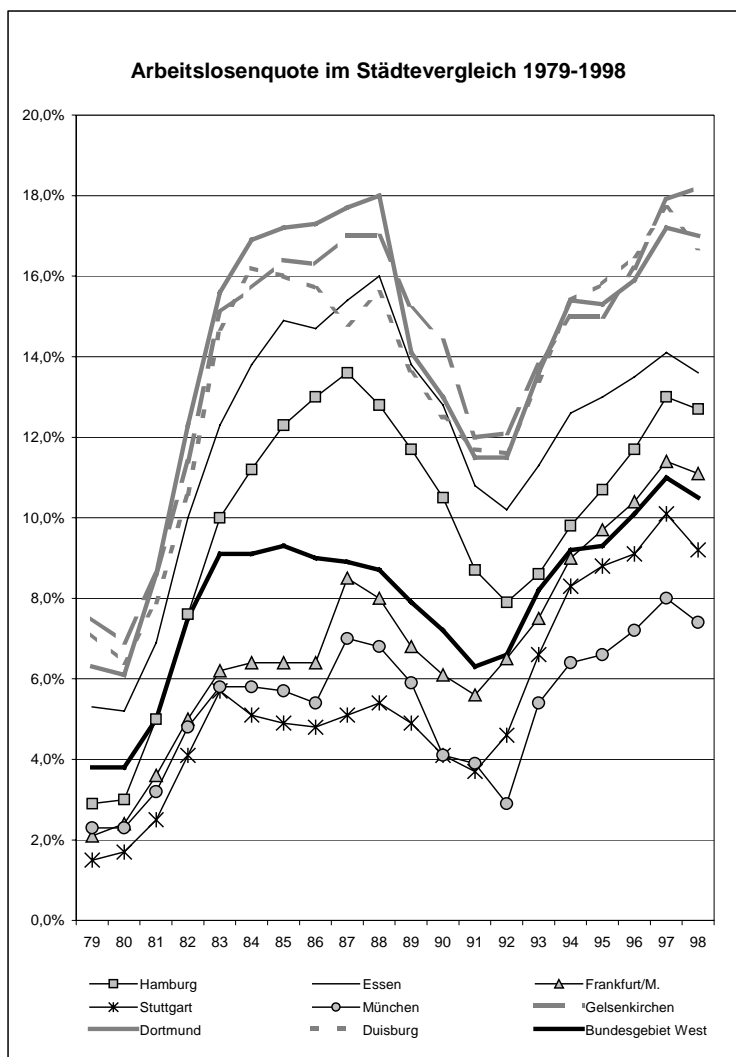
Als Folge des wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandels zeichnet sich gegenwärtig eine folgenreiche

Entkopplung von Beschäftigungsentwicklung und Arbeitslosigkeit ab. Die Tatsache, dass dem massenhaften Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 1980 kein Rückgang, sondern ein Zuwachs an Arbeitsplätzen gegenübersteht, ist kein Grund, die Problemlagen zu entdramatisieren. Im Gegenteil: Die Arbeitsmarktentwicklung führte in den letzten Jahren offensichtlich nicht nur zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit und der Verfestigung struktureller Armut, sondern zu einer dauerhaften Ausgrenzung sozialer Gruppen aus einer regelmäßigen Erwerbsarbeit und damit tendenziell auch aus der Teilhabe an dem sozialen, kulturellen und politischen Leben der Stadt. Auf die daraus resultierende Spaltung der Stadtgesellschaft in sich abschirmende oder wegschauende "Gewinner" und ausgegrenzte "Verlierer" zielen Metaphern wie "Zitadelle" und "Ghetto", die inzwischen auch für die deutschen Städte eine bedrohliche Signifikanz bekommen haben.

Sozialräumliche Ausprägung der Arbeitslosigkeit und Krise der „sozialen Stadt“

Die Betrachtung durchschnittlicher Arbeitslosenquoten ergibt nur ein sehr pauschales Bild, denn die Arbeitslosigkeit hat sozialräumlich sehr selektive Ausprägungen und Verlaufsformen. Mit der Abbildung 6 wird dies am Beispiel des sehr unterschiedlichen Verlaufs der Arbeitslosenquoten in deutschen Städten verdeutlicht. Zunächst ist erstaunlich, dass 1979 die Arbeitslosigkeit in den deutschen Städten – trotz Weltwirtschaftskrisen der 70er Jahre – relativ niedrig war. Ab 1980 stieg die Arbeitslosigkeit jedoch in allen Großstädten nahezu sprunghaft an. In den süddeutschen Städten München, Stuttgart und Frankfurt stabilisierte sich die Arbeitslosigkeit allerdings bereits 1983, wogegen sie in den norddeutschen Städten Hamburg und Bremen sowie in den Ruhrgebietsstädten Essen, Dortmund, Duisburg und Gelsenkirchen weiter anstieg. Spätestens jetzt zeigte sich eine Polarisierung zwischen den städtischen Agglomerationen: Während sich in den traditionellen Industriezentren der Montanregionen und den norddeutschen Hafen- und Dienstleistungsstädten erste Formen struktureller Arbeitslosigkeit herausbildeten, gelang es den süddeutschen Stadtregionen offensichtlich besser, Arbeitsplatzverluste zu begrenzen oder zu kompensieren. Dieses polare Entwicklungsmuster wurde bekanntlich als „Süd-Nord-Gefälle“ thematisiert.

Abb. 6: Arbeitslosenquoten im Städtevergleich



Die Betrachtung durchschnittlicher Arbeitslosenquoten ergibt nur ein sehr pauschales Bild, denn die Arbeitslosigkeit hat sozialräumlich sehr selektive Ausprägungen und Verlaufsformen. Mit der Abbildung 6 wird dies am Beispiel des sehr unterschiedlichen Verlaufs der Arbeitslosenquoten in deutschen Städten verdeutlicht. Zunächst ist erstaunlich, dass 1979 die Arbeitslosigkeit in den deutschen Städten – trotz Weltwirtschaftskrisen der 70er Jahre – relativ niedrig war. Ab 1980 stieg die Arbeitslosigkeit jedoch in allen Großstädten nahezu sprunghaft an. In den süddeutschen Städten München, Stuttgart und Frankfurt stabilisierte sich die Arbeitslosigkeit allerdings bereits 1983, wogegen sie in den norddeutschen Städten Hamburg und Bremen sowie in den Ruhrgebietsstädten Essen, Dortmund, Duisburg und Gelsenkirchen weiter anstieg. Spätestens jetzt zeigte sich eine Polarisierung zwischen den städtischen Agglomerationen: Während sich in den traditionellen Industriezentren der Montanregionen und den norddeutschen Hafen- und Dienstleistungsstädten erste Formen struktureller Arbeitslosigkeit herausbildeten, gelang es den süddeutschen Stadtregionen offensichtlich besser, Arbeitsplatzverluste zu begrenzen oder zu kompensieren. Dieses polare Entwicklungsmuster wurde bekanntlich als „Süd-Nord-Gefälle“ thematisiert.

In der durch die deutsche Vereinigung ausgelösten Boomphase gelang es den meisten Städten in den

alten Bundesländern, das Niveau ihrer Arbeitslosigkeit deutlich zu senken. Der Vereinigungsboom erwies sich jedoch schnell als Strohfeuer. Bereits im Verlauf des Jahres 1992 stieg die Arbeitslosigkeit wieder deutlich an. Besonders ausgeprägt war dieser Anstieg in den erfolgsverwöhnten süddeutschen Städten. Dadurch hat sich das „Süd-Nord-Gefälle“ zwar abgeschwächt, konnte jedoch nicht – wie vielfach behauptet wird – aufgehoben oder gar umgekehrt werden. Für die Stadtentwicklung in dem vereinigten Deutschland zeigt sich inzwischen allerdings ein sehr viel dramatischeres „West-Ost-Gefälle“, das das bestehende „Süd-Nord-Gefälle“ überlagert.

Der städtische Arbeitsmarkt erweist sich – wie bereits aufgezeigt – für einen Teil der Gesellschaft zunehmend als ein Mechanismus der Desintegration und der sozialen Ausgrenzung. Zu den Problemen des Arbeitsmarktes kommen noch die Erosion der Familie, eines anderen Kernbereiches sozialer Integration, sowie Wohnungsprobleme durch das Ende des sozialen Mietwohnungsbaus. Der Staat kann unter dem ökonomischen Druck „leerer Kassen“ die sozialstaatliche Fürsorge nicht entsprechend der Problemlagen ausbauen, sondern fährt sie zurück, wodurch sich neben der zeitlichen Verdichtung die sozialräumliche Kumulation der Probleme ergibt und – verstärkt über sozial selektive Migration – die Stadtquartiere zu den eigentlichen Problemfeldern werden. Auf dieser stadträumlichen Ebene gibt es dann nicht nur Arbeitslosenquoten von 18 Prozent, sondern von 50 oder 60 Prozent und mehr. Ganze Stadtquartiere werden von der Dynamik des Erwerbslebens abgekoppelt.

Eine wichtige Ursache für diese Erscheinungsformen sozialer Polarisierung und Desintegration in unseren Städten ist sicherlich die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft. Die Globalisierungstendenzen "schlagen" jedoch nicht unmittelbar auf die Stadtgesellschaft durch, sondern werden auf städtischer Ebene in vielfältiger Weise gebrochen, gedämpft – teilweise allerdings auch verstärkt – durch ein komplexes Wirkungsgefüge unterschiedlicher Märkte, politischer und sozialer Regulationsformen und gesellschaftlicher Arrangements. In diesem Wirkungsgefüge nehmen die Vermittlungsprozesse zwischen Arbeitsmärkten, Wohnungsmärkten, Sozialpolitik und städtischen Lebensmilieus einen zentralen Stellenwert ein.

Die zunehmenden Formen sozialer Polarisierung und Desintegration in unseren Städten weisen darauf hin, dass durch das Zusammenwirken einer verstärkten Globalisierung, einer zunehmenden Infragestellung des Sozialstaatskonsenses sowie einer in fast allen Großstädten vorfindbaren „Weltmarktorientierung“ städtischer Entwicklungspolitik diese Filterwirkung des städtischen Wirkungsgefüges erodiert. Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt werden inzwischen für einen zunehmenden Teil der Bevölkerung nicht mehr gedämpft, sondern verstärkt durch Wohnungsmarktprobleme und eine kumulative Verknüpfung mit anderen Formen sozialer, kultureller und politischer Benachteiligung, wodurch die tradierte Integrationskraft von Stadtquartieren zerstört wird und das Gemeinschaftsverständnis der Stadtgesellschaft zu zerbrechen droht.

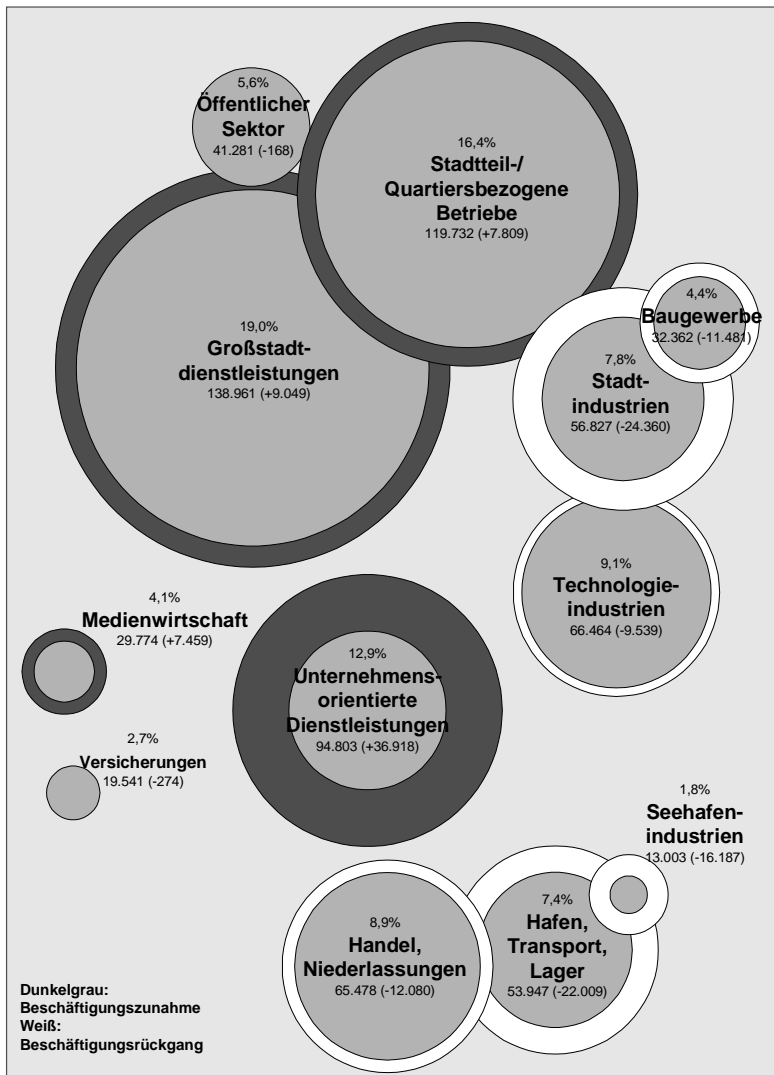
2.1.2 Die Teilökonomien der Stadt

Angesichts der Differenzierungs-, Segmentierungs- und Verinselungsprozesse der städtischen Wirtschaft und Gesellschaft macht es keinen Sinn, die Frage nach den Auswirkungen der Globalisierung im Hinblick auf „die“ Wirtschaft einer Stadtregion beantworten zu wollen. Die Wirtschaft von Großstadregionen besteht aus verschiedenen Teilökonomien mit je spezifischen historischen Traditionen und sehr unterschiedlichen Integrationsformen in globale, nationale und lokale Konkurrenz- und Entwicklungszusammenhänge. Daraus resultieren wiederum jeweils unterschiedliche Problemlagen, Gefährdungspotenziale und Gestaltungsmöglichkeiten.

Aber wie lassen sich diese Teilökonomien identifizieren? In einer Studie über die Entwicklungsperspektiven der Stadtregion Hamburg habe ich zusammen mit meiner Forschungsgruppe versucht, die Teilökonomien einer Großstadt zu identifizieren und empirisch zu

erfassen. Auf der Grundlage des Konzepts von Funktionsclustern³ wurden die gesamtwirtschaftlich konzipierten Aggregate der Branchen und Sektoren so umgruppiert, dass sich eine möglichst kohärente Gesamtübersicht über die Größenproportionen und die Entwicklungstendenzen der verschiedenen Funktionsbereiche der städtischen Wirtschaft ergab.

Abb. 7:
Städtische Teilökonomien in Hamburg in % der Gesamtbeschäftigung
Absolut (Veränderung 1980 - 1997)



TU Hamburg-Harburg - AB Stadt- und Regionalökonomie

Die Ergebnisse dieser Studie sind in Abbildung 7 visualisiert.

Die relative Größe der Kreise entspricht dem jeweiligen Beschäftigungsanteil der Teilökonomien an der Gesamtbeschäftigung. Ein dunkler äußerer Ring deutet das jeweilige Beschäftigungswachstum von 1980 bis 1997, ein weißer Ring den entsprechenden Beschäftigungsverlust während dieses Zeitraumes an. Mit der jeweiligen Nähe bzw. den Überlagerungen der Kreise werden funktionale Verflechtungen zwischen den Teilökonomien angedeutet.

Die Teilökonomie der „Stadtteil- und Quartiersbetriebe“

Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit und ihrer stadträumlichen Konzentration in benachteiligten Stadtteilen wurde in den letzten Jahren vor allem bewusst, welche Bedeutung Stadtteil- und Quartiersbetriebe für die soziale Stabilisierung von Stadtteilen haben. Diese Teilökonomie umfasst Kleinbetriebe des produzierenden und reparierenden Handwerks, des Einzelhandels, des Gesundheitswesens, der Gastronomie sowie andere Betriebe der

³ Porter, M. E. (1991): Nationale Wettbewerbsvorteile. Erfolgreich konkurrieren auf dem Weltmarkt. München.

sozialen, haushalts- und unternehmensorientierten Dienstleistungen, die ihre Standorte in nutzungsgemischten Stadtteilen haben.⁴

In Hamburg umfasste diese Teilökonomie 1997 über 120.000 Beschäftigte. Das entspricht 16 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Hamburgs. Damit ist dieser Bereich eine der größten Teilökonomien der städtischen Wirtschaft. Mit einem Zuwachs von 7.800 Arbeitsplätzen zwischen 1980 und 1997 gehört er zugleich zu den wenigen, die in diesem Zeitraum expandierten (s. Abb.7).

Stadtteil- und Quartiersbetriebe bieten nicht nur wohnungsnaher Arbeits- und Ausbildungsplätze, sondern erfüllen damit auch wichtige Aufgaben der sozialen Integration und Sozialisation. Mit ihren überwiegend auf lokale Bedürfnisse des Lebensalltags ausgerichteten Produktions- und Dienstleistungsangeboten prägen diese Betriebe außerdem die Versorgungsqualität, Nutzungsvielfalt und urbane Kultur von Stadtquartieren. Die Stadtteil- und Quartiersbetriebe gehören zur Grundausrüstung jedes Stadtteilzentrums und sind zentraler Bestandteil örtlicher Nahversorgung.

Zur Kennzeichnung dieses Bereiches vermeide ich allerdings den Begriff der „lokalen Ökonomie“, sondern spreche lieber von einer lokal verankerten oder lokal eingebetteten Ökonomie. Denn es handelt sich dabei nicht um einen von der globalen Ökonomie unabhängigen Wirtschaftskreislauf. Die Betriebe dieser Teilökonomie werden trotz ihrer lokalen Orientierung in ihrer Entwicklung in vielfältiger Weise von überregionalen und selbst globalen Bezügen beeinflusst. Diese reichen von der „globalen Warenwelt“ des Einzelhandels über die „allochthone“ Kultur und Arbeitsweise ethnischer Unternehmen bis zur Einbindung kleiner innovativer Quartiersbetriebe in globale Kommunikations- und Kooperationsprozesse über Internet. Das Konzept der Stadtteil- und Quartiersbetriebe hebt deshalb ab auf das Spannungsverhältnis zwischen lokalen Einbettungsformen und überlokalen Wirkungszusammenhängen, die ja nicht nur mit Gefahren, sondern auch mit Chancen verbunden sind. Dagegen ist das Konzept der „lokalen Ökonomie“ meist ausgerichtet auf „lokale Kreisläufe“ und Alternativprojekte. Eine derartige Einschränkung des Blickwinkels birgt meines Erachtens die Gefahr, dass benachteiligte Stadtteile noch mehr isoliert werden und dass sich die bestehende ökonomische Segmentierung verfestigt.

Trotz seiner zentralen Bedeutung für den städtischen und lokalen Arbeitsmarkt sowie die Versorgungsqualität der Stadtteile befand sich dieser Bereich bis vor kurzem im „toten Winkel“ der Stadtpolitik. Durch die – vor allem in den 60er und 70er Jahren vorherrschende – einseitige Ausrichtung der Stadterneuerung auf die Erneuerung der physischen Substanz der Stadt und die Modernisierung der Wohnungsfunktion wurden viele Betriebe aus ihren angestammten Standorten den funktionsgemischten Stadtquartieren verdrängt.

Soweit diese Betriebe zum Thema kommunaler Politik wurden, handelte es sich meist um standortbezogene Einzelmaßnahmen. Im Rahmen der städtischen Wirtschaftspolitik wurde – und wird vielfach immer noch – unterstellt, dass diese Betriebe sich im ‘Huckepack’ der export- und weltmarktorientierten Unternehmen der Stadt mehr oder weniger als deren „spinn-off“ entwickeln. Dabei wird übersehen, dass die stadtteil- und quartiersbezogenen Betriebe in den letzten Jahren - nicht zuletzt durch die Außenorientierung städtischer

⁴ Läßle, D. /Walter G. (2000): Im Stadtteil arbeiten. Beschäftigungswirkungen wohnungsnaher Betriebe. Hg.: Stadtentwicklungsbehörde Hamburg. Der Endbericht des Gutachtens ist als Druckschrift erhältlich bei der Stadtentwicklungsbehörde (Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Tel.:428 41 – 3004, Fax - 3010).

Wirtschaftspolitik - starken Verdrängungsprozessen ausgesetzt sind. Diese Betriebe reagieren sehr sensibel auf Veränderungen in ihrem städtischen Umfeld. Sowohl Aufwertungsprozesse – z. B. durch die Tertiarisierung von Stadtteilen – als auch Abwertungsprozesse – vor allem durch Einkommens- und Kaufkraftverluste der lokalen Wohnbevölkerung – können die wirtschaftliche Entwicklung dieser Betriebe gefährden. Besonders negativ wirkt sich die zunehmende soziale Polarisierung der Stadt und die damit verbundene Abwärtsspirale ökonomischer, sozialer und baulicher Erosion einzelner Stadtteile auf die Existenz lokal orientierter Betriebe aus.

Angesichts der bedeutenden Rolle der Stadtteil- und Quartiersbetriebe für den lokalen Arbeitsmarkt und die Versorgungsqualität der Quartiere erscheint es naheliegend, diese Betriebe zur ökonomischen und sozialen Stabilisierung von Stadtteilen zu nutzen. Dabei stellen sich jedoch gleich die Fragen, ob das mögliche Beschäftigungspotenzial dieser Betriebe durch staatliche und kommunale Maßnahmen mobilisierbar ist, und ob mit der Förderung des lokalen Gewerbes auch die Beschäftigungsmöglichkeiten der Menschen im Stadtteil – insbesondere auch der ausgegrenzten Problemgruppen - verbessert werden können.

In unserer empirischen Analyse kamen wir zu dem paradoxen Ergebnis, dass gerade jene Mechanismen, die Stadtteil- und Quartiersbetriebe lokal verankern – also vor allem ihre sozialen und informellen Netzwerke – dazu führen, dass ihr Arbeitsmarkt stark von sozialen Segmentierungs- und Ausschlussmechanismen geprägt ist (vgl. Abb. 8). Die Betriebe orientieren sich bei der Suche nach Arbeitskräften nicht unmittelbar an dem Angebot des lokalen Arbeitsmarktes, sondern an der Zugehörigkeit der Bewerber zu verschiedenen

Abb. 8: „Berufliche Milieus im Spannungsfeld zwischen Öffnung und Schließung“



sozialen Milieus, die sich durch berufliche Gewohnheiten, Handlungsrou-
tinen und Lebensstilen unterscheiden. Stadtteil- und Quartiersbetriebe lassen sich somit
nicht umstandslos für eine Beschäftigungspolitik für ausgegrenzte Problemgruppen instru-
mentalieren. Die Betriebe erfüllen zwar eine wichtige beschäftigungspolitische Funktion für
die Stadt und die Stadtteile, aber sie richten sich meist beide an gut qualifizierte, hochmoti-
vierte und flexible Arbeitskräfte.

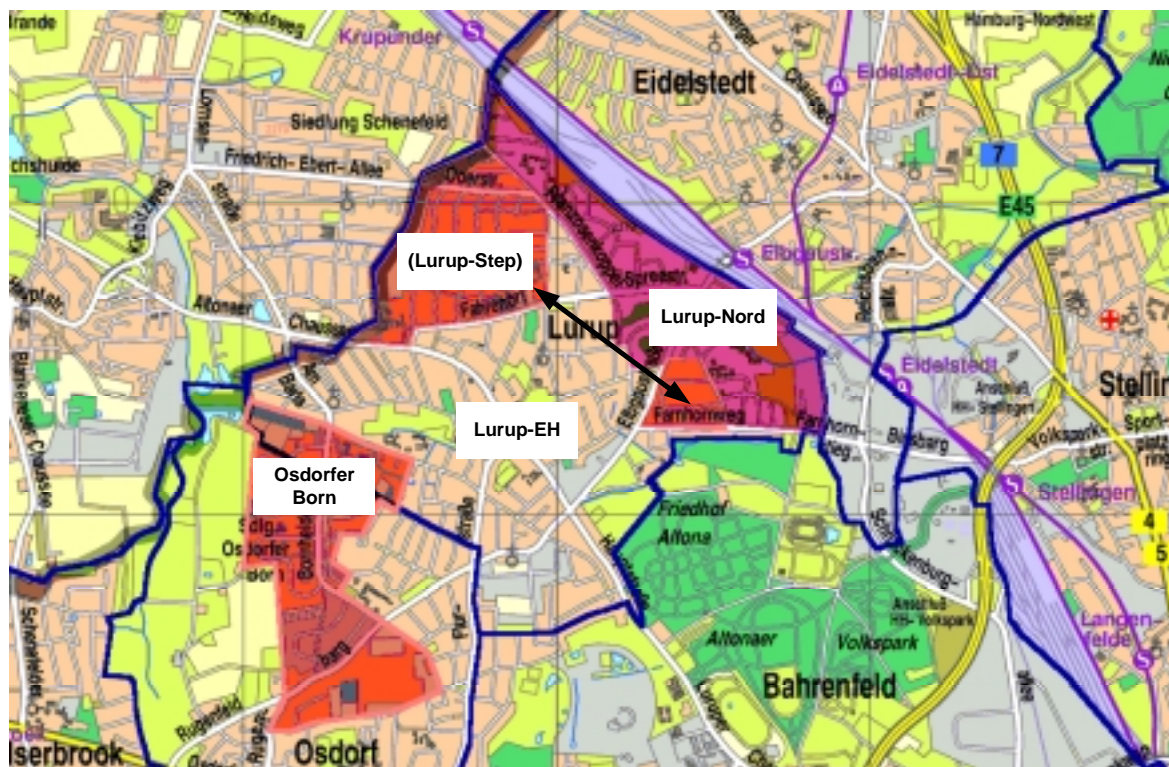
Um Arbeitssuchenden den Zugang zum wohnungsnahen Arbeitsmarkt zu erleichtern, müs-
sen sich Strategien der Beschäftigungsförderung und -vermittlung deutlich an Zielgruppen
und beruflichen Milieus orientieren. Bestandspflege und Entwicklung wohnungsnaher Be-
triebe und lokale Beschäftigungsstrategien bleiben wirkungslos, wenn sie sich nicht auf den
sozialen und kulturellen Kontext der verschiedenen Arbeitswelten einlassen.

2.2 *Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsstruktur in Lurup (Toralf González)*

2.2.1 *Arbeitsmarktstruktur*

Der Stadtteil Lurup befindet sich in mehrfacher Hinsicht in einer Randlage: Er bildet im
Westen die Hamburger Stadtgrenze zu Schenefeld; die Gleisanlagen im Norden wirken als
Barriere zum Nachbarstadtteil Eidelstedt, zu dem nur zwei Straßenverbindungen bestehen;
in Richtung des Altonaer Stadtkerns erzeugen Großstrukturen wie Industriegebiete, der
Friedhof Altona, der Volkspark und das Desy-Gelände weitere Raumzäsuren. Auch die
innere Struktur des Wohnortes Lurup ist relativ heterogen, wobei sich im Groben drei
Raumstrukturen unterscheiden lassen:

Abb. 9: Teilräume in Lurup (auf Grundlage der Statistischen Gebiete)



Quelle: TUHH/PvO

- Arbeiterwohnquartiere des sozialen Wohnungsbaus: Diese bestehen aus den Projektgebieten der Sozialen Stadt (Flüsseviertel und Lüdersring / Lüttkamp) sowie dem Geschosswohnungsbau entlang der Bahngleise. Über die Statistischen Gebiete lässt sich der Teilraum, der in den Abbildungen 9 und 10 als „Lurup-Nord“ bezeichnet ist, in etwa abbilden, allerdings ohne eine trennscharfe Abgrenzungen zu den Einfamilienhäusern. Der engere Bereich des Gebiets der Sozialen Stadt wird als „Lurup-Step“ bezeichnet, der jedoch nicht den Lüttkamp beinhaltet, da er sich statistisch nicht separat erfassen lässt.
- Bürgerliche Wohnquartiere mit einem sehr hohen Einfamilienhausanteil nördlich und südlich der Luruper Hauptstraße („Lurup-EH“).
- Der nördliche und ab Ende der 80er Jahre stark nachverdichtete Teil der Großsiedlung Osdorfer Born, die ebenfalls ein Projektgebiet der Sozialen Stadt ist. Anhand der Statistischen Gebiete umfasst der Osdorfer Born auch die kleinteilige Bebauung südlich des Rugenbargs.

Abbildung 10 gibt zunächst einen Überblick über die absolute Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den genannten Teilräumen sowie im Kernbereich des Bezirks Altona (Ottensen, Altona-Altstadt, Altona-Nord) und in Hamburg.

Abb. 10: Struktur der Beschäftigten und Arbeitslosen

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort (Dezember 1999)⁵

	Insgesamt	Anteil (in %)			
		Frauen	Migranten	Arbeiter	< 25 Jahre
Lurup-Nord*	4.710	45	16	60	14
Lurup-Step	2.279	44	18	65	15
Lurup-EH	3.649	45	7	35	10
Osdorfer Born	3.504	44	15	61	13
Altona Kern**	26.748	48	18	38	10
Hamburg	561.562	47	11	37	11

Arbeitslose (Dezember 2000)

	Insgesamt	Anteil (in %)					
		Frauen	Migranten	Arbeiter	< 25 Jahre	> 55 Jahre	Langzeit
Lurup-Nord*	1.041	37	24	71	12	11	34
Lurup-Step	569	37	28	70	12	10	34
Lurup-EH	379	42	13	55	10	22	35
Osdorfer Born	763	37	26	75	12	16	33
Altona Kern**	5.015	39	29	60	9	14	32
Hamburg	70.155	40	22	57	10	20	34

*inkl. Lurup-Step **Ottensen, Altona-Nord, Altona-Altstadt

Quelle: Arbeitsamt Hamburg, eigene Berechnungen

⁵ Im Datenbestand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg konnten etwa 4% der Adressen räumlich nicht zugeordnet werden. Die hier genannten Zahlen für die Teilräume sind daher etwas niedriger als die tatsächlichen (dies betrifft nicht die absoluten Zahlen der Arbeitslosen).

Daten über die Berufe und das Qualifikationsniveau der Bewohner sind auf der Ebene der Statistischen Gebiete nicht verfügbar, einen wichtigen Anhaltspunkt bietet jedoch das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten. Danach sind etwa zwei Drittel der im Flüsseviertel und im Lüdersring wohnenden Beschäftigten Arbeiter, im gesamten nördlichen Teilraum sind es 60 %. Im Hamburger Durchschnitt beträgt der Arbeiteranteil nur noch 37 %, ebenso im Altonaer Kern. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten liegt in allen Luruper und Osdorfer Teilräumen leicht unterhalb des Hamburger Durchschnitts, während er im Altonaer Kern leicht überdurchschnittlich ist. Die Daten zum Anteil der Migranten und der jüngeren Beschäftigten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten spiegeln in erster Linie die Struktur der Wohnbevölkerung wider. Dementsprechend liegt z.B. der Anteil der Migranten im Step-Gebiet deutlich über dem Hamburger Durchschnitt und entspricht dem Anteil im Kernbereich Altonas.

Die verfügbaren Strukturdaten der Arbeitslosen bestätigen auf der kleinräumigen Ebene die bekannten Erkenntnisse über die Verlierer des wirtschaftlichen Strukturwandels: Fast drei Viertel der über 1.000 Arbeitslosen im nördlichen Lurup sind als Arbeiter registriert und jeder vierte Arbeitslose ist Migrant. Frauen sind scheinbar weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer; allerdings sind diejenigen, die schon aus der Arbeitslosigkeit in die Sozialhilfe „gerutscht“ sind, ebenso wenig erfasst wie diejenigen, die sich aufgrund fehlender Anspruchsberechtigung nicht als arbeitslos registrieren lassen. Auffällig ist weiterhin der im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt geringe Anteil älterer Arbeitsloser (55 Jahre und älter) in Lurup-Nord und der hohe Anteil dieser Gruppe in den Einfamilienhausgebieten, was sich wiederum durch die unterschiedliche demographische Struktur der Wohnbevölkerung erklären lässt. Trotz dieser Unterschiede liegt der Anteil der Langzeitarbeitslosen dennoch in allen Teilräumen etwa bei einem Drittel. Die Vermutung, dass Langzeitarbeitslosigkeit v.a. ein Problem der älteren Arbeitnehmer ist, bestätigt sich also nicht. Stattdessen scheint es ebenso einen überdurchschnittlichen Anteil an jüngeren Langzeitarbeitslosen in Lurup-Nord zu geben.

Anhand der verfügbaren Daten lassen sich keine kleinräumigen Arbeitslosenquoten bilden (verschiedene Zeitpunkte, fehlende Angaben über geringfügig Beschäftigte). Eine annäherungsweise Berechnung⁶ gibt Hinweise darauf, dass der Anteil der Arbeitslosen im Flüsseviertel und im Lüdersring (ebenso wie im Osdorfer Born) höher ist als im Kernbereich Altonas und fast doppelt so hoch wie im Hamburger Durchschnitt. Dem gegenüber liegt der Anteil der Arbeitslosen in den Einfamilienhausgebieten unterhalb des Hamburger Durchschnitts, so dass innerhalb Lurups eine kleinräumige Polarisierung besteht. Bezogen auf die Teilgruppen der Arbeiter, Frauen und Migranten bestätigen sich die Aussagen zu den Strukturdaten der Arbeitslosen. Deutlicher zutage tritt allerdings die Arbeitslosigkeit innerhalb der Teilgruppe der unter 25-Jährigen, die weit über dem Hamburger Durchschnitt liegt.⁷

⁶ Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtgruppe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Arbeitslosen.

⁷ Das Statistische Landesamt, das ebenfalls keine Arbeitslosenquoten angeben kann, benutzt als Grundgesamtheit die Wohnbevölkerung. Danach lag der Arbeitslosenanteil der 15- bis 24-Jährigen an der Wohnbevölkerung (gleichen Alters) in den Projektgebieten zwischen 7,5 und 9,5 %, in Hamburg bei 5,5 % (Stand: März 1999).

Insgesamt bestätigen die Daten die bekannten Grundprobleme der Programmgebiete der Sozialen Stadt: Die in den Zeiten der Vollbeschäftigung gebauten Stadtrandsiedlungen des Sozialen Wohnungsbaus lassen sich zwar immer noch als Arbeiterwohnquartiere bezeichnen, aber die Integration der Arbeiterschicht in den Arbeitsmarkt ist durch den ökonomischen Strukturwandel äußerst brüchig geworden. Bei einem Teil der jüngeren Arbeitnehmer verfestigt sich die Arbeitslosigkeit und führt zu einem dauerhaften Ausschluss aus dem Erwerbsleben. Zudem werden die Quartiere zu einem Sammelbecken für weitere Modernisierungsverlierer, von denen die Migranten die statistisch auffälligste Gruppe darstellen.

2.2.2 Gewerbe- und Branchenstruktur

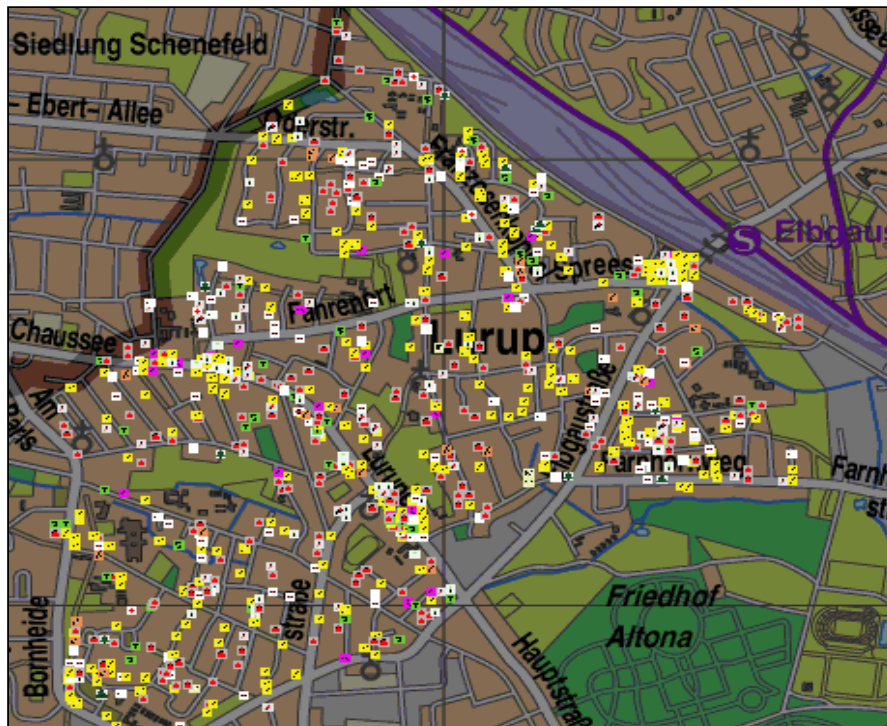
Eine Charakterisierung der Wirtschaftsstruktur anhand „harter“, quantifizierender Daten gestaltet sich schwierig, da die Daten der Handwerks- und Handelskammer auf kleinräumiger Ebene sehr unterschiedliche Qualitäten besitzen und kaum vergleichbar sind. Die Beschreibung muss daher in unterschiedliche Betrachtungsebenen aufgeteilt werden.

Zu unterscheiden ist zunächst zwischen der Wirtschaftsstruktur in den Wohnquartieren und in den Gewerbegebieten. Die von der Handelskammer Hamburg zur Verfügung gestellten Karten veranschaulichen die verschiedenen Bereiche (vgl. Abb. 11). Die obere Karte zeigt den bei der Handelskammer verzeichneten Betriebsbestand in den Wohngebieten Lurups sowie im nördlichen Osdorf; die beiden mittleren Karten zeigen die beiden Gewerbegebiete innerhalb Lurups; die untere einen Teilbereich des großen Gewerbe- und Industriegebietes am Schnittpunkt der Stadtteile Lurup, Eidelstedt, Stellingen und Bahrenfeld.

Gewerbestructur in den Wohngebieten

Der in der oberen Karte (Abb. 11) dargestellte Überblick über die im Datenbestand der Handelskammer verzeichneten Betriebe überrascht auf den ersten Blick durch die hohe Zahl und gleichmäßige Verteilung der 825 Betriebe. Anzumerken ist hierbei, dass sich die Datenbestände der Handelskammer von der realen Betriebsstruktur deutlich unterscheiden (Briefkastenfirmen, Ausgründungen/Firmen-Verschachtelungen, Betrieb am Wohnort gemeldet etc.). Eine Überprüfung der Daten und exaktere Quantifizierung ist allerdings nicht möglich. Die Karte zeigt dennoch die tatsächliche Häufung von Einzelhandelsbetrieben (gelbes Symbol) am Nahversorgungszentrum Elbgaupassagen sowie eine Häufung verschiedener Wirtschaftszweige entlang der Luruper Hauptstraße.

Abb. 11: Betriebsbestand in und am Rande Lurups (ohne Handwerk)



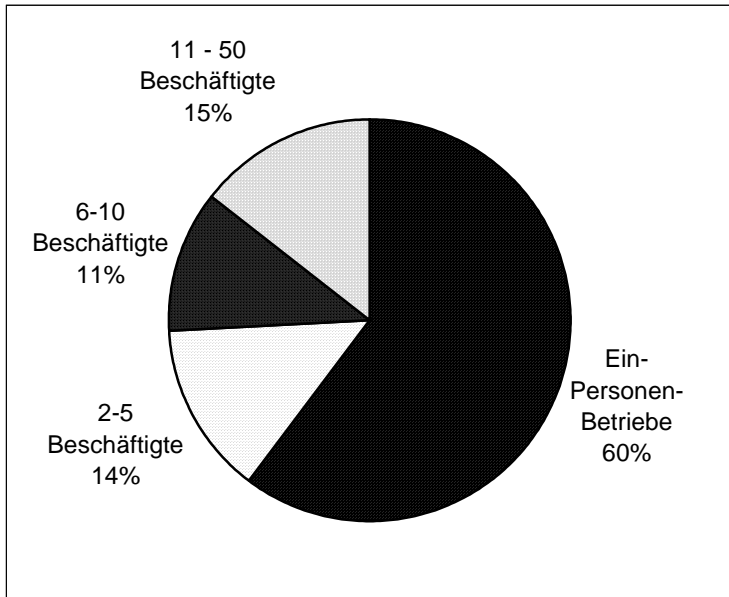
Häufigste Symbole:

- Einzel- & Großhandel
- Verarbeitendes Gewerbe
- Dienstleistungen

Quelle: Handelskammer Hamburg

Laut dem Datenbestand der Handelskammer arbeiten in den 825 Betrieben rd. 1.220 Beschäftigte, davon $\frac{3}{4}$ in Betrieben mit einem bis fünf Beschäftigten (vgl. Abb. 12). Die extrem

Abb. 12: Beschäftigte in den Betriebsgrößenklassen in den Wohngebieten Lurups und im Norden Osdorfs

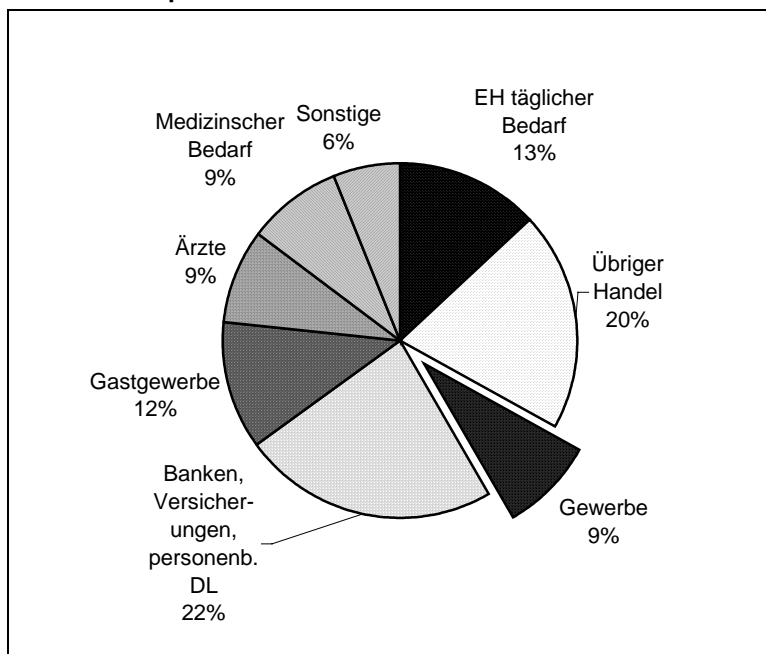


Quelle: Handelskammer Hamburg, eigene Berechnungen

hohe Zahl von Ein-Personen-Betrieben ist aus den oben genannten Gründen zu relativieren. Eine differenzierte Auswertung der einzelnen Branchen ist aufgrund unzureichender Daten unergiebig.

Im Rahmen der Erstellung des Quartiersentwicklungskonzeptes hat die STEG durch Begehungen und Auswertung der Gelben Seiten eine eigene Bestandserhebung im Programmgebiet, vier angrenzenden Nahversorgungszentren sowie entlang der Luruper Hauptstraße durch-

Abb.13: Branchenstruktur im Programmgebiet, umliegenden Nahversorgungszentren und entlang der Luruper Hauptstraße



Quelle: STEG Hamburg, eigene Berechnungen

geführt. Erfasst wurden rd. 260 Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Verbände (ohne Kindergärten, Schulen, Alteneinrichtungen). Mehr als ein Drittel davon befinden sich in den Nahversorgungszentren. Die Unternehmen gehören zu ca. 90 % dem Dienstleistungssektor an, nur knapp 10 % sind gewerbliche Betriebe (Handwerk, Verarbeitendes Gewerbe). Ein Drittel der Betriebe ist dem Handel zuzurechnen, je ein Fünftel sind Banken, Versicherungen und andere, fast ausschließlich personenbezogene Dienstleistungen sowie Ärzte, Apotheken und weitere Einrichtungen aus dem Bereich Gesundheit (vgl. Abb. 13) Innerhalb dieser Zählung wurden zwar keine Betriebsgrößen erfasst, es ist aber anzunehmen, dass diese entsprechend den Handelskammerdaten fast ausschließlich aus Klein- und Kleinstbetrieben bestehen.

Trotz der insgesamt unzureichenden Aussagefähigkeit der Daten, zeigt sich deutlich, wie wenig Impulse aus dem Bestand der Stadtteil- und Quartiersbetriebe in den Wohngebieten auf den lokalen Arbeitsmarkt ausgehen können: Allein die Zahl der Arbeitslosen übersteigt die Zahl der Beschäftigten in den Wohngebieten; das Angebot an Arbeitsplätzen in Dienstleistungsberufen entspricht nicht der Nachfrage nach gewerblichen Arbeitsplätzen; eine große Zahl von Betrieben besteht aus Kleinbetrieben im Dienstleistungsbereich, die nicht auf betriebliches Wachstum ausgelegt sind.

Wichtiger als die Frage möglicher Beschäftigungseffekte ist der Stellenwert der Betriebe in Bezug auf die Lebens- und Versorgungsqualität der Wohngebiete. Im Rahmen der Erstellung und öffentlichen Diskussion des Quartiersentwicklungskonzeptes wurde insbesondere der Niedergang der lokalen Nahversorgungszentren diskutiert. Allerdings ist bisher völlig unklar, ob und wie sich diese Orte reaktivieren lassen. Trotz der erheblichen Unterschiede zwischen den einzelnen Zentren und dem damit einhergehenden Ausmaß des Niedergangs ist offensichtlich, dass sich hier unterschiedliche Strukturveränderungen – im Einzelhandelsangebot, im Einkaufsverhalten etc. – überlagern, die auch die Zentralität dieser Orte deutlich relativieren und keine Rückkehr zum früheren Status quo erlauben. Aus Sicht der Programmbegleitung wäre zum einen erforderlich, Wohnungsunternehmen verstärkt auch in die finanzielle Verantwortung zu nehmen, da der wohnungsnaher Einzelhandel unmittelbaren Einfluss auf die Qualität des Wohnumfeldes und auf den Wohnwert hat. Zum anderen wäre zu überprüfen, welche neuen gemeinwesenorientierten Dienstleistungsangebote – z.B. entsprechend den Münchner „Bewohnerläden“ in Wohnsiedlungen – hier angesiedelt werden könnten.

Gewerbestructur in den Gewerbegebieten

Die Betriebsstruktur in den Gewerbegebieten ergibt erwartungsgemäß ein vollkommen anderes Bild in Bezug auf die Branchen und Betriebsgrößen. Wie in Abbildung 11 dargestellt, befinden sich an der Luruper Hauptstraße/Elbgaustraße der Hauptsitz der Hermes Schleifmittel sowie zwei weitere kleinere Produzierende Betriebe. Die Firma Hermes, die für industrielle Abnehmer „Schleifmittel auf Unterlagen“ und mittlerweile auch Schleifkörper herstellt, war über Jahrzehnte der wichtigste Industriebetrieb und Arbeitgeber in Lurup. Zu Hochzeiten in den 70er Jahren hatte Hermes 1.500 Beschäftigte, von denen ein großer Teil aus Lurup kam. Heute arbeiten am Standort Lurup „nur“ noch rd. 600 Beschäftigte, während der Konzern weltweit rd. 1.700 Beschäftigte zählt.

Im Gewerbegebiet Grundkuhlenweg sitzen eine Reihe großflächiger Einzelhandelsbetriebe, mit einem Einzugsbereich, der z.T. weit über Lurup hinaus reicht. Der größte Einzelhandelsbetrieb beschäftigt rd. 280 Mitarbeiter, davon zwei Drittel in Teilzeit. Ein Großteil der Mitarbeiter wohnt in den umliegenden Stadtteilen. Im Industriegebiet im nördlichen Bereich der Schnackenburgallee verzeichnet die Handelskammer allein 280 Betriebe (ohne den Bereich nördlich der Bahnlinie). Aufgrund der Briefkastenfirmen und verschachtelten Firmenausgründungen ist diese Zahl zu relativieren, insbesondere im zahlreich vertretenen Dienstleistungssektor. Der größte Betrieb ist die Firma Montblanc, die in Lurup rd. 700 und weltweit rd. 1.500 Mitarbeiter beschäftigt. Zu den Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten gehören weiterhin ein Bauunternehmen, vier Unternehmen aus dem Handel sowie drei Produzierende Betriebe und ein Unternehmen aus dem Bereich Forschung und Entwick-

lung. Laut Handelskammer haben 30 weitere Betriebe 20 bis 100 Beschäftigte (violettes Symbol = Produzierendes Gewerbe).

Ein weiterer wichtiger Ort der Arbeit ist das zum Stadtteil Eidelstedt gehörende ICE-Wartungs- und Instandhaltungswerk, das sich an die S-Bahn-Station Elbgaustraße anschließt (vgl. Abb. 9). Hier arbeiten rd. 670 Personen, dazu kommen über 200 Angestellte im Reinigungsbereich.

Die Daten der Handwerkskammer liegen nur auf Stadtteilebene vor, eine räumliche Differenzierung zwischen Gewerbe- und Wohngebieten ist somit nicht möglich. 70 % der 133 Luruper Handwerksbetriebe gehören dem Bau- und Ausbau- sowie dem Elektro- und Metallgewerbe an; damit sind die beiden wichtigsten Handwerksgruppen in Lurup noch etwas dominanter als im Hamburger Durchschnitt vertreten (vgl. Abb. 14).

Abb. 14: Bestand an Handwerksbetrieben in Lurup

Handwerksgruppe	1990		1995		2000	
	Voll-handwerk	hw-ähnl. Gewerbe	Voll-handwerk	hw-ähnl. Gewerbe	Voll-handwerk	hw-ähnl. Gewerbe
Bau- und Ausbaugewerbe	30	24	36	33	36	31
Elektro- und Metallgewerbe	61	3	58	4	57	7
Holzgewerbe	5	0	5	7	4	10
Bekleidungs-, Textil-, Ledergew.	10	9	10	11	7	12
Nahrungsmittelgewerbe	12	1	7	1	5	1
Gesundheit- Körperpflege, Reinigungsgewerbe	22	10	18	13	20	6
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	4	0	6	0	4	1
Gesamt	144	47	140	69	133	68

Quelle: Handwerkskammer Hamburg; Referat Volkswirtschaft

Im Vergleich zu den Stadtteilen des Kernbereichs Altonas fällt auf, dass im Zeitraum von 1980 bis 1990 in Lurup die Zahl der Handwerksbetriebe konstant geblieben ist, während der Strukturwandel in Altona-Alstadt und Ottensen zu einem Rückgang der Betriebszahl von 30 bzw. 20 % geführt hat. Profitiert von der Schließung und Verlagerung der Betriebe, die sich im Altonaer Kern auch nach 1990 fortsetzte, hat insbesondere der Stadtteil Bahrendfeld, der heute die meisten Handwerksbetriebe Altonas beheimatet.

2.2.3 Vorläufige Ergebnisse der Betriebsbefragung

Die Programmbegleitung vor Ort geht im Rahmen ihrer eigenen Forschung der Frage nach, welche Verflechtungen zwischen dem lokalen Arbeitsmarkt und den Gewerbegebieten bestehen und ob diese ausgebaut werden können. Die lokal ansässigen Stadtteil- und Quartiersbetriebe sind hierbei zunächst ausgeklammert und werden erst im weiteren Verlauf genauer untersucht. Die bisherige Schwerpunktsetzung ist darin begründet, dass Stadtteil- und Quartiersbetriebe stark ausgeprägte soziale Filter bei der Arbeitskräftesuche

besitzen und daher auch nur selten kleinräumige Einzugsbereiche aufweisen⁸. Die Abbildung 15 gibt einen Überblick über die bisher befragten 10 Betriebe und ihre Standorte.

Abb.15: Sample der Betriebsbefragung (Stand: April 2001)

	Wirtschaftszweig	Mitarbeiter	Standort
1.	Sanitärtechnik	16	Ausfallstraße
2.	Anlagenbau Fördertechnik	30	Gewerbegebiet
3.	Anlagentechnik (Konstruktion/Montage)	70 (davon 20 Monteure)	Gewerbegebiet
4.	Maschinenbau	320 (500 weltweit)	Gewerbegebiet
5.	Wartung / Instandhaltung von ICE-Zügen	670	Gleisanlagen
6.	Massenproduktion von Schleifwerkzeugen	600 (1.700 weltweit)	Gewerbestandort (neben Wohngebiet)
7.	Massenproduktion von Schreibgeräten	700 (1.500 weltweit)	Gewerbegebiet
8.	Industrielle Bleiverarbeitung	100	Gewerbegebiet
9.	Großhandel	250 (750 bundesweit)	Gewerbegebiet
10.	Großflächiger Einzelhandel	280	Gewerbegebiet

Die Interviews mit den Personalleitern und -leiterinnen sowie anderen für Personalfragen zuständigen Firmenvertretern zeigten zunächst, wie stark sich die Struktur der Betriebe in den 90er Jahren verändert hat. Am deutlichsten wird dies anhand der Veränderungen der beiden „global player“ in Lurup: Hermes Schleifmittel und Montblanc. Die Entwicklungsstrategie ist v.a. durch eine starke Expansion in andere Produktparten und einen weltweiten Aufbau von Tochtergesellschaften und Vertragspartner geprägt. Montblanc ist darüber hinaus in einem Verbund von Luxusmarken organisiert und betreut weltweit ein eigenes Boutiquennetz. Hamburg ist Stammsitz der Firmen, an dem bestimmte Funktionen zentral gesteuert werden (wie der weltweite Einkauf von Rohstoffen), während andere Tätigkeiten kostengünstig ausgelagert werden. Eine Folge davon ist, dass mehr als die Hälfte der Mitarbeiter im Ausland arbeiten. Eine weitere, von einem Maschinenbaubetrieb sehr erfolgreich betriebene Strategie ist die Spezialisierung auf know-how-intensive Nischen, durch die sich der Betrieb in einem bestimmten Marktsegment die „Marktführerschaft“ gesichert hat. Begleitet wird dies von einer Expansion des Firmennetzes v.a. in Europa. Die wissensbasierten Ingenieurstätigkeiten können auch von der Produktion abgetrennt werden, wie im Falle des befragten Anlagenbauers, der in Hamburg nur noch Konstruktion und Entwicklung betreibt, während die Fertigung an kostengünstige Subunternehmer ausgelagert wird; die wenigen Monteure werden aufgrund des Lohnkostenniveaus nicht mehr in Hamburg, sondern in Ostdeutschland gesucht.

Die Folgen für den Standort Hamburg und den regionalen Arbeitsmarkt sind dramatisch: Die traditionellen Zulieferverflechtungen haben sich durch die europäischen und z.T. globalen Verflechtungen aufgelöst; durch die stark gestiegene Produktivität ist der Arbeitskräftebedarf rückläufig oder die Expansion findet an anderen Standorten statt; der Bedarf an einfachen Tätigkeiten ist extrem rückläufig, während der Bedarf an spezialisierten, wis-

⁸ Vergleiche das Gutachten: Im Stadtteil arbeiten. Beschäftigungswirkungen wohnungsnaher Betriebe. (s. Fußnote S. 14)

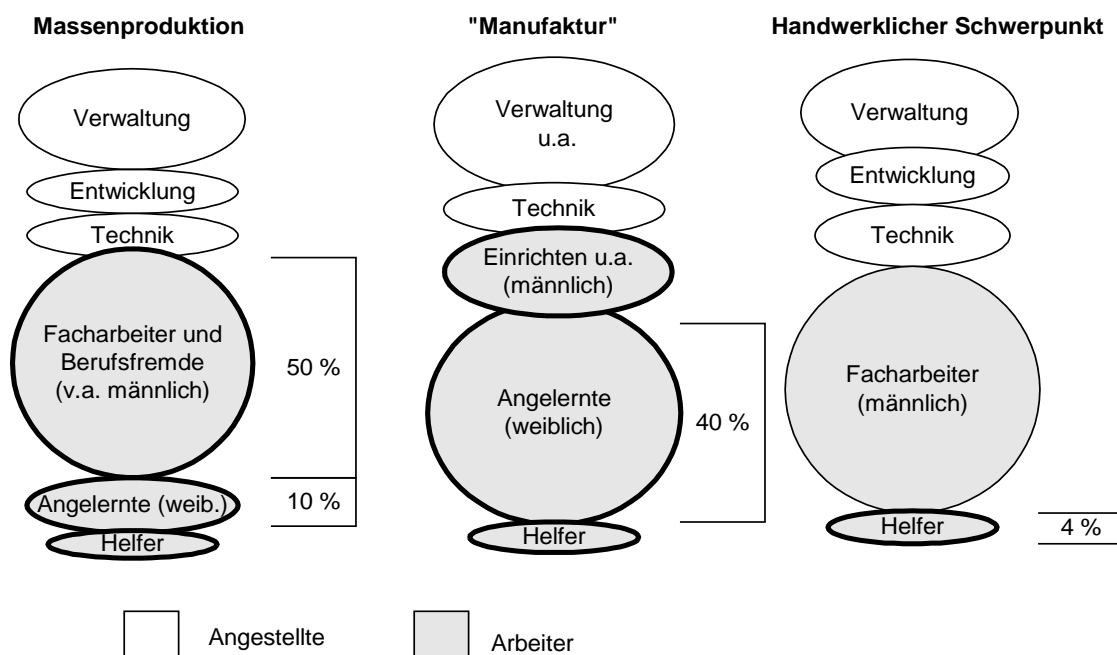
sensintensiven Tätigkeitsprofilen zunimmt. Dazu kommt, dass die Arbeitsstrukturen in mehrfacher Hinsicht flexibilisiert werden: Das Stammpersonal wird mehr oder weniger nur noch zur Abdeckung der betrieblichen „Grundlast“ beschäftigt, während Auftragsspitzen durch Leiharbeiter gedeckt werden (dementsprechend werden bei Einstellungen oft die bewährten Leiharbeiter abgeworben); die Arbeitszeiten werden flexibilisiert, bis hin zu sehr variablen wöchentlichen Arbeitszeiten; durch Gruppenarbeit werden auch in einfachen Tätigkeitsfeldern Arbeitsinhalte variabel.

Diese hier zugespitzten Entwicklungen machen noch einmal deutlich, dass der Strukturwandel der Industrie eine der zentralen Ursachen für Arbeitslosigkeit in den Arbeiterquartieren ist. Auch in Zukunft werden weitere Arbeitsplätze durch betriebliche Modernisierung und die Abwanderung ins Umland verloren gehen. Trotz oder gerade wegen dieser negativen Grundtendenz müssen kleine, aber immerhin vorhandene Handlungsspielräume wahrgenommen werden. Dabei geht es zunächst nicht um die Quantifizierung möglicher Arbeitsplätze, sondern um die Frage, ob überhaupt noch nennenswerte Arbeitsmärkte für geringer qualifizierte Beschäftigte vorhanden sind und ob die Betriebe sich gesprächsbereit in Bezug auf die stärkere Bindung an den lokalen Arbeitsmarkt zeigen. Gibt es Ansätze für die Qualifizierung und Vermittlung von Luruper Arbeitslosen in Betriebe aus dem gewerblichen Umfeld?

Wie zu erwarten war, lassen sich hierauf keine verallgemeinerbaren Antworten geben, da die Bedarfe branchen- und tätigkeitspezifisch ermittelt werden müssen. Die folgenden Ausführungen sollen dies exemplarisch verdeutlichen. Industriebetriebe, deren Produktion durch spezialisierte Facharbeit geprägt ist, haben kaum noch Bedarf nach „einfacher Arbeit“. In diesen Betrieben (z.B. Maschinenbau, ICE-Wartung) macht der Anteil der Arbeiter insgesamt nur noch etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten aus, der Anteil der Produktionshelfer liegt nur noch bei etwa 4 % (vgl. Abb. 16, rechts). Obwohl diese Betriebe aufgrund des allgemeinen Facharbeitermangels z.T. große Schwierigkeiten bei Neueinstellungen haben, sind Ansatzpunkte für lokale Vermittlungsstrategien hier nicht erkennbar, da sich das Niveau der nachgefragten Facharbeit nicht im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen erreichen lässt.

In Industriebetrieben, die in Handarbeit oder durch automatisierte Fertigung große Stückzahlen herstellen, sind die Einstiegsmöglichkeiten für geringer qualifizierte Mitarbeiter dagegen einfacher: Bei Montblanc werden in der von Handarbeit geprägten Fertigung der Schreibgeräte ausschließlich Frauen beschäftigt. Hierfür ist keine Ausbildung erforderlich, allerdings wird sie seit einigen Jahren bei Neueinstellungen erwartet (z.B. Frisöse). Die Arbeiterinnen werden zu Beginn intensiv angelernt. Hermes Schleifmittel beschäftigt – neben den klassischen einfachen Hilfstätigkeiten, die ausschließlich von Frauen in Teilzeit geleistet werden – als Produktionsarbeiter und -arbeiterinnen ebenfalls formell überwiegend Angelernte, weil es für diese Tätigkeiten keine Ausbildungsberufe gibt und das Lohnniveau der qualifizierten Facharbeiter zu hoch ist. Eine (berufsfremde) Ausbildung wird bei Einstellungen vorausgesetzt, sofern die Arbeitsmarktlage dies zulässt. Durch die grundsätzlich erforderliche interne Qualifikation und das vielseitige Tätigkeitsspektrum innerhalb eines Großunternehmens bieten sich in diesen Industriezweigen relativ niedrige Einstiegsschwellen und gewisse Aufstiegsmöglichkeiten.

Abb. 16: Tätigkeitsbereiche in der Industrie

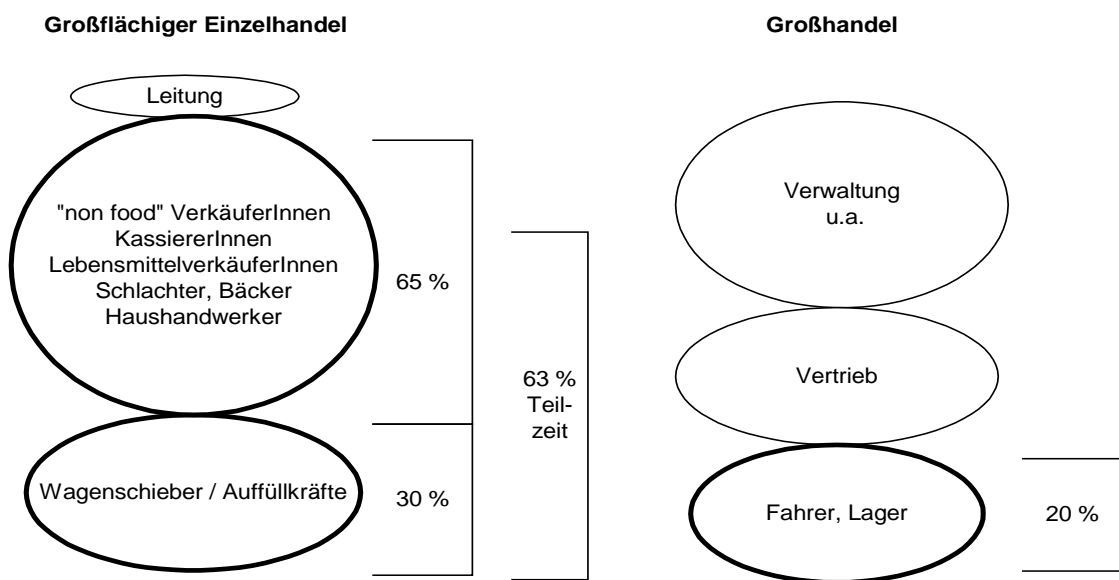


Bei der Suche nach neuen Arbeitskräften werden je nach Betrieb unterschiedliche Formen gewählt: interne Ausschreibungen (d.h. informelle Vermittlung im Bekanntenkreis der Mitarbeiter); Anzeigen in lokalen Blättern oder auch im Hamburger Abendblatt, wenn diese keinen Erfolg haben; Stelleninformationssystem des Arbeitsamtes. Die positiven und negativen Erfahrungen fallen ebenfalls unterschiedlich aus. In Bezug auf die Frage, ob sich hier externe Vermittlungsmöglichkeiten anbieten, finden sich einzelne positive Anhaltspunkte. Nachdem z.B. eine lokale Anzeige eines Unternehmens keinen Erfolg hatte, bewarben sich auf eine Annonce im Hamburger Abendblatt mehrere Hundert Personen. Das Auswahlverfahren wurde von der Personalleitung als mühsam und unbefriedigend bewertet, da viele Bewerber Schulabgänger ohne Ausbildung waren, ungenügende Deutschkenntnisse besaßen oder sich nicht auf die stark flexibilisierten Arbeitszeiten einlassen wollten. Ein anderer Industriebetrieb, der seine Arbeiter durch das Stelleninformationssystem des Arbeitsamtes sucht, berichtete, dass es bei Neueinstellungen innerhalb der letzten beiden Jahre kaum Bewerbungen gab. Dies hänge u.a. damit zusammen, dass sich das erforderliche Tätigkeitsprofil in den elektronischen Systemen nicht einfach zuordnen lässt und auf Seiten der Arbeitsvermittlung Personen fehlen, die den Betrieb kennen und gezielt Arbeitssuchende vermitteln können.

Darüber hinaus ist noch ein weiterer Aspekt zu berücksichtigen. Sowohl bei der Suche nach Arbeitskräften als auch bei dem Wohnort der Beschäftigten muss grundsätzlich zwischen Arbeitern und Angestellten unterschieden werden. Ein sehr großer Anteil der Arbeiter (den die Personalabteilungen aber nicht exakt quantifizieren können) wohnt in den umliegenden Stadtteilen. Wenn es möglich ist, werden die Arbeiter auch hier gesucht, oder es melden sich Arbeiter aus dem Umfeld mit Stellengesuchen. Diese räumliche Verflechtung, die sich bei spezialisierten Facharbeitern schon deutlich abschwächt, ist bei den Angestellten nicht mehr feststellbar; ebenso sind die Stellenangebote für Angestellte von Beginn an regional oder national ausgerichtet.

Während sich in der Industrie eher punktuelle Spielräume für gezielte Vermittlungsstrategien eröffnen, scheint es in Teilbereichen des Handels generell mehr Möglichkeiten zu geben. Die gewerblichen und einfachen Angestelltentätigkeiten sind weniger anspruchsvoll, viel schlechter bezahlt, die interne Bindung an das Unternehmen ist anscheinend geringer, so dass hier auch im Endeffekt eine wesentlich höhere Fluktuation festzustellen ist. Die Arbeitsplätze im Großhandel betreffen männliche Fahrer und Lagerarbeiter, im großflächigen Einzelhandel geht es - bis auf die kleine Leitungsebene - fast ausschließlich um Arbeitsplätze, die keine oder eine vergleichsweise einfache Ausbildung erfordern. Hier bieten sich insbesondere Beschäftigungsmöglichkeiten für gering qualifizierte Frauen, die 90 % der Teilzeitkräfte stellen. Das unterste Segment der Wagenschieber und Auffüllkräfte ist mehrheitlich von Migranten besetzt ist (vgl. Abb. 17).

Abb.17: Tätigkeitsbereiche im Handel



Auch wenn die geringe Fallzahl hier keine Verallgemeinerung zulässt, deutet sich hier an, dass sich die typischen männlichen Vollzeitstellen für deutsche Arbeiter oft nur sehr schwer mit „motivierten“ Mitarbeitern besetzen lassen, während Migranten aufgrund angeblich mangelnder Deutschkenntnis geringe Einstellungschancen besitzen (ein befragte Personalleiterin würde aufgrund von Personalproblemen das Lager am liebsten „outsourcen“). In diesen Arbeitsmarktsegmenten wird scheinbar überwiegend in den lokalen Blättern gesucht, im Einzelhandel auch über Aushänge. Im Einzelhandel ist die Nachfrage von Migranten im unteren Segment enorm hoch, was auch als Hinweis darauf gewertet werden kann, wie gering ihre sonstigen Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind.

Schwerpunktthema Ausbildung ?

Auf Grundlage der bisher geführten Interviews kann der Bereich der Ausbildung als ein zentrales Handlungsfeld bei dem Versuch bezeichnet werden, das umliegende Gewerbe stärker an die Wohnquartiere anzubinden. Hierfür spricht zunächst das Problem, dass fast alle Betriebe derzeit Schwierigkeiten haben, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Die Anzahl der Bewerbungen ist z.T. sehr gering (z.B. 5-6 Bewerber auf zwei Lehrstellen) und

grundsätzlich wird die Qualität der Bewerber bemängelt. Es scheint, dass die klassischen kaufmännischen, gewerblichen und handwerklichen Ausbildungsberufe bei den qualifizierten und begehrten Jugendlichen (Abiturienten und gute Realschüler) im Vergleich zu den neuen Berufen im IT- und Medienbereich ins Hintertreffen geraten. Die „schlechteren“ Schüler (die „durchschnittlichen“ Realschüler und die Hauptschüler) haben hierdurch aber keine besseren Chancen, da die Anforderungen an die Ausbildungsberufe aus diversen Gründen steigen und die Personalabteilungen der Meinung sind, dass das Bildungsniveau insbesondere an den Hauptschulen sinkt. Aufgrund dieser Schere zwischen sinkendem Bildungsniveau und steigenden Ausbildungsanforderungen wird Hauptschülern kaum noch eine Chance eingeräumt. Diese scheinen sich ihrer Lage bewusst zu sein und bewerben sich nur selten.

Als Reaktion auf die ungenügende Quantität und Qualität der Bewerber werden die Ansprüche nicht gesenkt, so dass sowohl Lehrstellen im kaufmännischen Bereich als auch im Gewerbe nicht besetzt werden. Auffällig sind weiterhin die großen Unterschiede innerhalb der einzelnen Personalabteilungen: Die Spanne reicht von intensiven Überlegungen, wie Hauptschüler heute noch in das Erwerbsleben integriert werden können (so dass auch zumindest einzelne eine Chance erhalten) bis hin zu sozialdarwinistischen Äußerungen und einem sturen Festhalten an „altbewährten“ und schematischen Auswahlverfahren. Neben diesen Schwierigkeiten ist zu bedenken, dass der Aspekt der räumlichen Nähe zwischen Wohnort und Arbeitsort im Bereich der Ausbildung als sehr wichtig gilt. Lange Anfahrtswege werden von den Betrieben nicht gerne gesehen, während ein Umzug zum Arbeitsort nicht erwartet wird. Ein weiterer Ansatzpunkt für gezielte Vermittlungstätigkeiten ist die Offenheit der Betriebe beim Thema Schulpraktikum, dass in vielen Fällen auch als erste Annäherung an Lehrberufe dienen kann.

Stadtteil- und Quartiersbetriebe sind genauso wie die großen Unternehmen von den sozialen Veränderungen in den Schulen auf der einen und der Modifizierung der Ausbildungsordnungen auf der anderen Seite betroffen. Die Frage, ob sie andere Umgangsformen mit den Azubis entwickeln, kann bisher nicht ausreichend beantwortet werden. Fest steht, dass der quantitative Anteil der Auszubildenden an der Belegschaft in Handwerksbetrieben wesentlich bedeutender ist als innerhalb der Industrie (z.B. drei Azubis und zehn Gesellen). Neuanstellungen finden in Handwerksbetrieben – abgesehen von der niedrigen Fluktuation – v.a. durch die Übernahme von Lehrlingen statt. Das oft noch durch familiäre Werte geprägte Betriebsklima der Kleinbetriebe kann bei lernschwächeren Azubis u.U. mehr sozialen Halt und Motivation vermitteln. Inwieweit diese Aspekte die allgemeinen Tendenzen überlagern, soll im weiteren Verlauf der Untersuchung geklärt werden.

Vorläufiges Resümee

Voraussetzung für die Wahrnehmung der hier angedeuteten Handlungsspielräume ist zunächst, dass die Bestandsentwicklung in den Gewerbe- und Industriegebieten sich nicht nur an ökologischen und städtebaulichen Kriterien orientiert, die zwangsläufig zur Verdrängung der flächenextensiven Betriebe u.a. aus der Industrie, dem Großhandel und dem Speditionswesen führt. Beispielsweise hat die Umwandlung des Industriegebiets Fangdieckstraße in ein Gewerbegebiet dazu geführt, dass die Inhaber von Industriebetrieben in Krisensituationen schneller dazu neigen, ihr Grundstück durch mehrgeschossige Bürobauten zu „veredeln“. Die gewerblichen Arbeitsplätze gehen für die Arbeiter der umliegenden

den Stadtteile verloren, während die neu geschaffenen Arbeitsplätze unerreichbare Qualifikationsprofile besitzen. Betriebe, die Lärm und Gestank produzieren und extensiv Flächen beanspruchen, besitzen in der Stadtplanung keine Lobby, ohne dass die externen Effekte auf dem lokalen Arbeitsmarkt ausreichend berücksichtigt werden.

In Bezug auf die Wahrnehmung der Handlungsmöglichkeiten im Bereich Qualifizierung und Vermittlung ist es wichtig, dass die Betriebe in einer Form eingebunden werden, die ihren innerbetrieblichen Realitäten und Anforderungen gerecht wird. Hierfür müssen allerdings auch Instrumente vorhanden sein, die den Betrieben etwas bieten; solange die Vertreter der Sozialen Stadt nur mit leeren Händen dastehen, bleiben alle Anstrengungen auf der Ebene moralischer Appelle stehen. Neben den auf Einzelfälle bezogenen Vermittlungsmöglichkeiten geht es um den Aufbau von Strukturen, die mittel- und langfristig lokale Bindungen und Spielräume für innovative Qualifizierungsprojekte schaffen. Der zentrale Ansatzpunkt hierfür ist das Thema Ausbildung, da hier sowohl ein objektiver Problemdruck als auch die subjektive Bereitschaft auf Seiten der Betriebe vorhanden ist, frühzeitigere Kontakte zu den Jugendlichen und damit auch zu den Schulen einzugehen. Um solche Kontaktnetze⁹ aufzubauen, muss allerdings bei den Unternehmensvertretern überhaupt erst ein Bewusstsein für Fragen der lokalen Bindungen geschaffen werden.

In den Interviews hat sich deutlich gezeigt, dass die Luruper Wohngebiete - insbesondere die wenig attraktiven Gebiete des Sozialen Wohnungsbaus - im Bewusstsein der Personalchefs und -chefinnen ein „blinder Fleck“ sind. Die geographische Nähe der Wohn- und Gewerbegebiete hat in ihrer Alltagsrealität keine Bedeutung. Das Problem sind also weniger Vorurteile der Firmenvertreter über soziale Brennpunkte, sondern die fehlende Wahrnehmung und Beschäftigung mit dem umliegenden Stadtraum, zu dem sich die Befragten nicht äußern konnten. Da die großen Betriebe nicht über Zulieferer- und Absatzbeziehung in das Umfeld eingebunden sind, reduziert sich die Wahrnehmung auf alltagsweltliche Routinen, wie die selektiven eigenen Wege zwischen Wohn- und Arbeitsort. Berührungspunkte durch Mittagspausen und kleinere Einkäufe gibt es ebenfalls nicht; gerade die großen Betriebe sind in sich abgeschlossene Welten, die während der Arbeitszeit nicht verlassen werden. Dazu kommt, dass traditionelle Bezüge – z.B. wenn Mitarbeiterkinder bei gleicher Qualifikation bevorzugt werden – nur so lange gelten, solange die zuständigen Mitarbeiter diese Traditionen auch pflegen. Gerade die aufsteigenden jüngeren Mitarbeiter tendieren aber oft dazu, „alte Zöpfe“, die den Prinzipien der globalen Ökonomie nicht zu entsprechen scheinen, abzuschneiden. Die gleiche Gefahr droht durch Konzernübernahmen, da neue Entscheidungsträger eingesetzt werden, die auf bisherige Gepflogenheiten keine Rücksicht nehmen. – Einfache Appelle an die soziale Verantwortung von Unternehmen sind solange zwecklos, solange eine Erfahrungsgrundlage fehlt.

⁹ Zur Anzahl der in Frage kommenden Betriebe: In der Datenbank der Handelskammer sind rd. 75 ausbildende Betriebe in Lurup und dem in Abb. 11 dargestellten Teil des Gewerbegebiets Schnackenburgallee verzeichnet. Dazu kommen die Handwerksbetriebe.

3. Gesprächsrunde

Gibt es überhaupt so etwas wie eine lokale Verantwortung der Betriebe, wenn es um das Thema „Arbeit und Beschäftigung“ in einem sogenannten „Problemgebiet“ geht? Mit dieser Frage an die beiden auf dem Podium vertretenen Unternehmen begann die Gesprächsrunde im Anschluss an die beiden Eingangsreferate.

Der Personalentwickler der **Hermes Schleifmittel**, Herr Schultz, betonte zunächst das Spannungsverhältnis zwischen der traditionellen Bindung an den lokalen Arbeitsmarkt und der mittlerweile erreichten Integration in globalisierte Marktstrukturen. Deutlich wurde dabei, dass der Personalrückgang der vergangenen Jahrzehnte und der dementsprechend geringe heutige Personalbedarf diese Bindungen nicht einfach aufgelöst haben. Ein Beispiel hierfür ist die Art und Weise, wie gewerbliche Mitarbeiter gesucht werden. Hermes sucht sie über innerbetriebliche Ausschreibungen, d.h. über Kontaktnetze der Mitarbeiter. Dieses für einen Großbetrieb ungewöhnliche Verfahren überlässt die an sozialen Kriterien orientierte Vorauswahl den eigenen Mitarbeitern. Der Vorteil für den Betrieb liegt darin, dass die von den Mitarbeitern angeworbenen Personen Motivation mitbringen und in das soziale Gefüge des Personals passen. Damit festigt sich auch das immer noch stark auf Lurup (und die angrenzenden Stadtteilen) bezogene arbeitskulturelle Milieu. Die von Herrn Schultz betonte Eingangsvoraussetzung: „Er muss nur wollen“ lässt sich natürlich nicht vollkommen von der Frage der Berufsausbildung trennen; die Integration ins Erwerbsleben muss in Form einer Ausbildung schon auf den Weg gebracht sein. Aber da in der Industrie häufig nicht in dem erlernten Beruf gearbeitet werden kann, werden spezielle Qualifikationen durch innerbetriebliche Weiterbildung erlernt (s. Kap. 2.2). Während sich also berufs-fremde Arbeiter bewerben können, haben Menschen ohne Ausbildung heute kaum noch eine Chance. Mittlerweile bewirbt sich diese Gruppe auch nicht mehr.

Wie unterschiedlich die lokalen Bezüge eines Großunternehmens ausgeprägt sein können, macht Frau Rössler-Yildirim, Personalentwicklerin der **Bahn-AG** deutlich. Die Deutsche Bahn verfügt über ein „bahninternes Arbeitsamt“, das im Zuge der Privatisierung des Staatsunternehmens und der daraus hervorgegangenen Notwendigkeit entstanden ist, Personal abzubauen und umzuorganisieren. Aufgrund dieser zentralen Organisation und der vorhandenen Personalressourcen werden freie Stellen - wann immer es möglich ist - durch bundesweite interne Umsetzungen besetzt. Die lokalen Bezüge des ICE-Wartungswerkes sind auch deshalb gering entwickelt, weil das ICE-Werk sehr hohe Ansprüche an Facharbeiter stellt (s. Kap. 2.2). Das Grundproblem, mit dem die Bahn konfrontiert ist, ist der Mangel an qualifizierten Facharbeitern in Hamburg, der schon bei der Gründung des ICE-Werkes vor 10 Jahren zur Folge hatte, dass von den 700 neuen Mitarbeitern allein 300 aus Ostdeutschland kamen (von denen sich viele in den bahneigenen Wohnungen in Eidelstedt niedergelassen haben). Im Ausbildungsbereich ergibt sich ein ähnliches Bild: Mittlerweile ist die Ausbildung für ganz Norddeutschland zentralisiert, so dass das ICE-Werk nicht mehr eigene Azubis anwerben kann, und die Anforderungen an die Schulabschlüsse sind entsprechend den beruflichen Anforderungen sehr hoch. Allerdings zeigt sich auch, dass die Bahn aus betriebswirtschaftlicher Sicht Fragen der Ortsbindung auf Dauer nicht übergehen kann. Z.B. versuchen Azubis aus Ostdeutschland nach ihrer Ausbildung in ihrer Heimat Arbeit zu finden und gehen der Bahn als Arbeitskraft verloren. Damit sich die Investition in das Humankapital auch langfristig lohnt, scheint offensichtlich eine räumliche Bindung an den Arbeitsort notwendig zu sein. Insofern hat das Thema der lokalen Bindung bei der

Bahn wieder eine Chance, wenn der Konsolidierungsprozess abgeschlossen ist. Im Ausbildungsbereich sah Frau Rössler-Yildirim schon jetzt einen konkreten Ansatzpunkt für eine engere Kooperation in Lurup.

Frauke Müller, Geschäftsführerin des **Job-Club Altona**, machte in ihrem Beitrag deutlich, wie wichtig die räumlichen Bezüge für Arbeitslose aus dem Projektgebiet der Sozialen Stadt sind. Der Job-Club betreibt im Auftrag der BAGS und des Arbeitsamtes Hamburg seit Februar 2001 eine Personalagentur, die Betrieben als kostenlose Dienstleistung die „passgenaue Vermittlung“ geeigneter Bewerber anbietet. Die Arbeitssuchenden werden vom Arbeits- und Sozialamt geschickt; 20 % müssen vom Job-Club vermittelt werden. Was passiert mit den übrigen 80 %, denen die Ämter im Rahmen von gezielten Vermittlungstätigkeiten keine Chance einräumen? Basierend auf einem früheren Programm zur Integration von Sozialhilfeempfängern in Altona bietet der Job-Club seit kurzem eine aufsuchende Beratung in den beiden Altonaer Projektgebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung an. Der „Job-Club mobil“ und der „Job-Club JA“, der sich speziell an Jugendliche richtet, sind ein offenes Beratungsangebot vor Ort (in Lurup derzeit im Kinder- und Familienzentrum sowie mit einem eigenen Bus), das einen personenbezogenen Ansatz verfolgt. Die Zielgruppe sind diejenigen, die nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar sind, weil sie eine Vielzahl von „vermittlungshemmenden Merkmalen“ aufweisen (Sucht, Schulden, psychische Probleme, fehlende Arbeitserfahrung, fehlende soziale Einbindung etc.). Diesen Menschen werden grundlegende Kenntnisse, etwa im Umgang mit Behörden, vermittelt und es wird versucht, ihre Motivation und ihr Selbstvertrauen zu stärken. Darüber hinaus werden fallbezogene Vermittlung an Beratungseinrichtungen (z.B. Sucht- oder Schuldnerberatung) vorgenommen und Vorschläge für Fortbildungen, Praktika und Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes erarbeitet. Nach den bisherigen Erfahrungen mit den „aussortierten“ Arbeitslosen, vor allem mit Jungerwachsenen und Frauen mit Kindern, ist es sehr wichtig, vor Ort zu sein und eine persönliche Beziehung zwischen Berater und Klient aufzubauen. Das Arbeitsamt ist für sie nicht nur geographisch, sondern auch psychisch zu weit weg.

Ist der Job-Club also die Instanz, die Hermes Schleifmittel oder dem ICE-Werk Personal vermitteln kann? An dieser einfachen Frage zeigen sich die Schwierigkeiten im Detail. Die Personalagentur erhält ihr Personal vom Arbeits- und Sozialamt, d.h. aus dem Bezirk Altona, und wird ein weiträumiges betriebliches Kontaktnetz aufbauen. Der räumlich gebundene Job-Club mobil ist dagegen nicht auf den ersten Arbeitsmarkt und Kontakte zu Betrieben ausgerichtet. Herr Schultz machte aus der Sicht der Betriebe auf ein weiteres grundlegendes Problem aufmerksam. Der Job-Club ist schließlich nicht der einzige Akteur im Bereich der Personalvermittlung und der Projekte für schwer vermittelbare (jugendliche) Arbeitslose; die Betriebe sehen sich mit einer Vielzahl von Anfragen konfrontiert, auf die sie, schon allein aufgrund des Zeitmangels, im Grunde nicht wirklich eingehen könnten. Aus Sicht der Betriebe wäre ein zentraler Ansprechpartner sinnvoll, der die Anliegen der Projekte und Betriebe sammelt und zwischen ihnen vermittelt. Dieser Anspruch läuft aber der komplizierten Förderkulisse und der betrieblichen Realität der Qualifizierungs- und Beschäftigungsträger zuwider, die je nach Förderprogramm unterschiedliche Verpflichtungen haben und untereinander in Konkurrenzverhältnissen stehen. Die auch in der Diskussion aufgetauchte Forderung, im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung müsse Personal finanziert werden, um Kontakte zu den Betrieben herzustellen, würde den Betrieben

nicht weiter helfen, weil nur noch eine neue Person in der unübersichtlichen Akteurslandschaft auftauchen würde.

Die Hoffnung, dass es lokale Projekte vielleicht einfacher haben, ihre Projektideen umzusetzen, erwies sich schnell als Illusion. Erika Bantschenko und Silke Jungen von der „**Frauenoase Lurup**“ stellten zunächst ihr Projekt vor, das für Frauen einen Ort der Begegnung und Entspannung in Lurup schaffen soll. Die „Frauenoase“ besteht aus unterschiedlichen Teilprojekten, deren kommerzieller Kern ein Hamam (ein orientalisches Bad) ist. Das Projekt würde auch Arbeitsplätze für den Stadtteil schaffen, z.B. für die Gewährleistung des laufenden Betriebs des Hamams oder für eine Physiotherapeutin. Das Projekt entspricht damit einem arbeitsmarktpolitischen Ansatz, der die ökonomische „Inwertsetzung“ der (traditionell) weiblichen Arbeit verfolgt, was im angelsächsischen Raum mit dem Satz: „a woman who works needs a woman who works“ bezeichnet wird. D.h. die Integration von Frauen in das Erwerbsleben zieht weitere Arbeitsplätze nach sich (etwa zur Beaufsichtigung der Kinder während der Arbeitszeit), sofern die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Luruper Frauen haben aber nicht nur in ihrem Alltag mit den hiesigen Rahmenbedingungen zu kämpfen, die Kinderbetreuung und Erziehung weitgehend als Privatsache definieren. Ihr größtes Problem ist derzeit die ökonomische Konkurrenz durch einen privaten Investor, der in Zusammenhang mit einem „Oriental Center“ ebenfalls ein Hamam in Altona bauen will. Zwei orientalische Bäder in einem Bezirk sind ökonomisch nicht tragbar. Wie sollen sich die engagierten Luruper Frauen gegenüber dem Kapital des Investors durchsetzen? Die Frauen forderten die Politik – und mit ihr die anwesenden Entscheider – auf, die Grundstücksvergabe an die Bedingung zu koppeln, dass das „Oriental Center“ ohne ein Hamam entsteht. Das Projekt zeigt also, dass in Lurup soziales Kapital und Kreativität vorhanden ist, aber ohne ausreichende professionelle Unterstützung bei der Projektentwicklung und ohne politischen Unterstützung bei der Umsetzung bleiben diese – im Programm der Sozialen Stadtteilentwicklung so sehr betonten – zivilgesellschaftlichen Projekte schnell stecken.

Die Notwendigkeit, jenseits der traditionellen Erwerbsarbeit, neue gemeinwesenorientierte Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, wurde auch in der Diskussion mehrfach betont. Geld sei im Prinzip vorhanden, da z.B. die Sozialhilfe anders und sinnvoller verwendet werden kann. Ebenso ist immer wieder Engagement, z.B. von jugendlichen Aussiedlern, feststellbar, das genutzt werden müsste. Aber wo sind die Mittel und Instrumente im Rahmen des Quartiersmanagements, um hier etwas zu bewegen?

Rolf-Peter Löhr, stellvertretender Leiter des **Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu)** und Verantwortlicher für die bundesweite Programmbegleitung der Modellprojekte, machte in seinem Statement die „Programmphilosophie“ des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt deutlich. Angesichts der heutigen Probleme müssen die unterschiedlichen Fachpolitiken vor Ort miteinander verzahnt werden. Allerdings vermisste Herr Löhr auf der Konferenz Vertreter der Jugend- und Schulbehörden, die in der Sozialen Stadt unverzichtbare Akteure sind. Weiterhin wurde betont, dass heute nicht nur über die Probleme vor Ort gesprochen werden sollte, sondern ebenso über die Potenziale der BewohnerInnen und die Möglichkeiten ihrer Mobilisierung.

Insgesamt wurde sehr deutlich, dass sich Rezepte für große und schnell wirksame Problemlösungen in dem komplizierten Geflecht von Ursachen und Wirkungen sehr schnell als Illusion erweisen. Vielmehr scheinen verantwortungsvolle kleine Schritte und eine verlässli-

che längerfristig ausgerichtete Kooperation lokaler und überlokaler Akteure in klar definierten und transparenten Projekten mögliche Handlungsperspektiven anzudeuten. Nach der Mittagspause sollten im kleineren Kreis erste Anregungen für Handlungsperspektiven für Lurup gesammelt werden.

4. Arbeitsgruppen

4.1 Welche Netzwerke sind in der lokalen Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik notwendig? (AG 1)

Wie lassen sich die Chancen der Arbeitslosen aus Lurup auf dem Hamburger Arbeitsmarkt verbessern? Lassen sich die besonders benachteiligten Bewohnerinnen und Bewohner stärker aktivieren? Was ist zu tun, um in den Luruper Schulen das „Nachwachsen“ von ausgegrenzten Jungerwachsenen zu verhindern?

Angeregt durch ein Einführungsreferat von Gisela Beck, Geschäftsführerin eines großen Trägers für Beschäftigung und Qualifizierung im Hamburger Bezirk Harburg, diskutierten die anwesenden 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus lokalen, bezirklichen und gesamtstädtischen Institutionen die oben angegebenen Fragen. Der Vorschlag von Frau Beck, Arbeitsmarktpolitik, Stadtentwicklungspolitik und Wirtschaftspolitik in integrierten Handlungsansätzen so miteinander zu verknüpfen, dass innovative Produkte und Dienstleistungen für den Stadtteil und gleichzeitig Beschäftigungsmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung entstehen, wurde sehr schnell von der Diskussion über schwierige Kooperationserfahrungen der Beteiligten überschattet. Es stellte sich heraus, dass viele Aktivitäten in Lurup existieren, vielfach aber noch zu stark der Eigenlogik der jeweiligen Aktiven verhaftet bleiben und deshalb schwer zu bündeln sind. Die von Frau Beck beispielhaft erläuterten integrierten Handlungsansätze südlich der Elbe setzten einen hohen Standard voraus, der bei einigen Akteuren aus Lurup den Wunsch nach einem starken Träger nährte, der sich ausschließlich und konzentriert um alle genannten Probleme kümmern könnte. Dass ein solcher Träger auch in Harburg aus langjährigen kleinteiligen Erneuerungsprozessen hervorgegangen ist und auch nur so die Gewähr bietet, der jeweils besonderen Problemlage vor Ort gerecht zu werden, erwies sich bei der gedanklichen Fortführung dieses Ansatzpunkts als schwierige Erkenntnis.

Als Ergebnisse der an dieser Stelle nur begonnen Diskussion wurden die notwendige Strukturierung des vorhandenen Luruper Netzwerks, eine Konkretisierung von Handlungsfeldern und Zuständigkeiten in Projekten und eine intensivere Nutzung vorhandener Ressourcen im bezirklichen und gesamtstädtischen Umfeld festgehalten.

4.2 Wie können lokale Potenziale zum Aufbau sozialer Unternehmen entdeckt und genutzt werden? (AG 2)

Wie lassen sich lokale Wirtschaftsstrukturen im Grenzbereich zwischen ehrenamtlicher und bezahlter Arbeit entwickeln und wie können sie gefördert werden? Um dieser Frage nach zu gehen und die auf dem Weg zur sozialen Unternehmung auftretenden Möglichkeiten, aber auch Probleme zu diskutieren, stellte Brigitte Voß (Projektmanagerin des Studiengangs Gemeinwesenökonomie der Evangelischen Fachhochschule/ Rauhes Haus) neun

Schritte vor, die innerhalb eines idealtypischen Modells zum Aufbau einer lokalökonomischen Infrastruktur notwendig sind.

Ein soziales Unternehmen, wie etwa die auf der Themenkonferenz vertretene „Frauenoase Lurup“, verknüpft mit seiner Gemeinwesenorientierung wirtschaftliche und soziale Aspekte. Frauen aus dem Stadtteil verfolgen gemeinsam das Ziel, in verschiedenen Teilprojekten etwas für die LuruperInnen zu tun. Geplant ist vor allem ein Hamam, das als Ort der Begegnung zwischen verschiedensten Frauen und Männern, als Ort der Ruhe und Erholung u.v.m. fungieren soll. Während man wie selbstverständlich davon ausging, dass in Lurup eine Vielzahl von lokalen Potenzialen vorhanden sind, entbrannte die Diskussion in der Arbeitsgruppe eher an den Hindernissen, die sich der Entwicklung der in der Frauenoase angelegten Potenziale entgegen stellen. Wie ist es etwa mit dem Punkt 9 der „Schritte zum sozialen Unternehmen“, dem Aufbau spezieller Finanzierungsinstrumente? Die Mischung aus öffentlicher und privater Förderung innerhalb *eines* Vorhabens wie der Frauenoase (die sowohl aus „normalen“ kommunalen Einrichtungen wie einer Krisenwohnung, als auch aus dem Hamam bestehen soll) erweist sich immer wieder als äußerst problematisch; Lösungsvorschläge bewegen sich am Rande des Legalen. Aber es ist nicht nur der gesetzliche Rahmen, der der Entwicklung eines Projekts hinderlich sein kann. Vor allem das „sektorale Denken“ innerhalb der Verwaltungen führe dazu, dass innovative und quer zu den Ressorts liegende Projekte kein offenes Ohr für die Unterstützung ihrer Anliegen finden. Nur über Neuorganisation der Strukturen, verbunden mit einem Umdenken innerhalb der Verwaltungen sind, so ein Ergebnis der Gruppe, soziale Unternehmen in den Gebieten der Sozialen Stadt zu entwickeln. Dafür bedarf es einer Unterstützung durch die lokale Politik, die mehr als bisher in die Umsetzung der Stadtteil-Anliegen zu integrieren ist. Eine weitere Forderung richtet sich an den Gesetzgeber und geht damit über den Handlungsbereich der kommunalen Politik hinaus: Es ist ein angemessener rechtlicher Rahmen für die Entwicklung sozialer Unternehmen zu schaffen, der den „steuerlichen Graubereich“ verschwinden lässt. In einem nächsten Schritt wären konkrete Vorschläge zu entwickeln, wie die Luruper, aber auch alle anderen an der Umsetzung des Programms Soziale Stadt Beteiligten etwas dazu beitragen könnten, die genannten Hindernisse auf dem Weg zur sozialen Unternehmung zu beseitigen.

4.3 Wie lassen sich die Entwicklungsbedingungen für Betriebe innerhalb Lurups und im gewerblichen Umfeld verbessern? (AG 3)

Die Wirtschaftsbeauftragte des Bezirks Altona, Birgit Gutenmorgen, beschrieb in ihrem Input-Referat zunächst ihren Aufgabenbereich. Dieser besteht in erster Linie darin, für die Zielgruppe der Kleinbetriebe mit max. 15 Beschäftigten bei Unklarheiten oder Schwierigkeiten mit den (Bezirks)Behörden zu vermitteln und gemeinsam mit den Beteiligten tragfähige Problemlösungen zu entwickeln. Deutlich wurde das Spannungsfeld zwischen realen und erforderlichen Handlungsmöglichkeiten im Hinblick auf eine aktive Bestandssicherung und eine lokal orientierte Beschäftigungspolitik. Das Grundproblem ist, dass der Bezirk nur über geringe personelle Ressourcen und keine eigenen Fördermittel verfügt. Gegenüber den Betrieben steht er „mit leeren Händen“ da, während die gesamtstädtische Förderkulisse der Wirtschaftsbehörde auf mittlere und große Betriebe ausgerichtet ist. Anknüpfungspunkte bietet laut der Wirtschaftsbeauftragten allein das Instandsetzungs- und Modernisierungsprogramm. Ein innovatives Beispiel, wie Kleinbetrieben der Zugang zu günstigen und

niedrigen Krediten ermöglicht werden kann, sei die geplante Entwicklungsbank für Otten- sen. In Bezug auf die Entwicklungspotenziale wies Frau Gutenmorgen darauf hin, dass es nur noch eine mögliche Gewerbefläche am Farnhornweg gibt, deren Ausweisung durch die Einwände der Grünplaner derzeit noch ungeklärt ist. Die bereits vor der Einbeziehung der Luruper Quartiere in die soziale Stadtteilentwicklung festgelegte Nachverdichtung mit Wohnungsbau hätte dagegen zur Folge, dass eine mögliche Durchmischung mit kleinteiligen, wohnortnahen Arbeitsplätzen nicht mehr möglich ist. Um so wichtiger sei die Berücksichtigung der angrenzenden Gewerbegebiete und die Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen im gewerblichen und niedrigschwelligen Bereich, da die ArbeitnehmerInnen der Programmgebiete in der Regel weniger flexibel sind als gut ausgebildete Kräfte. Wünschenswert sei ebenso, die begonnenen Initiativen im Bereich der Schule (Runder Tisch Ausbildung) fortzusetzen und – wie z.B. in Altona-Nord geschehen – als Dialog zwischen Schule und Nachbarschaft zu etablieren.

In der anschließenden Diskussion wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftsförderung in Teilen ihres Aufgabenbereichs dezentralisiert und zudem auf der lokalen Ebene verzahnt werden müsste. Neben a) dem Ausbau der fachlichen Beratung und b) der Einführung geeigneter Förderprogramme für Kleinbetriebe, gehöre hierzu c) mehr Einfluss auf die Flächenvergabepolitik für die kommunale Ebene der Bezirke. Starre und an gesamtstädtischen Zielen orientierte Vergabekriterien stünden zu häufig den lokalen und bezirklichen Interessen entgegen, insbesondere wenn es um den Erhalt von niedrigschwelligen gewerblichen Arbeitsplätzen geht. Den Diskutierenden war dabei durchaus bewusst, dass hieran Grundsatzfragen in Bezug auf das Gleichheitsgebot staatlichen Handelns und die Legitimität lokaler Entscheidungsstrukturen anknüpfen, die bisher keineswegs ausreichend geklärt sind.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage, mit welchen Maßnahmen eine stärkere Nutzungsmischung in den Reinen Wohngebieten (planungsrechtliche Festlegung) der Sozialen Stadt erreicht werden kann. Diese betreffen neben rechtlichen Bestimmungen (Planungsrecht, Zweckentfremdungsverordnung, Wohnungsbauförderung u.a.) das Problem, wie überhaupt attraktive Standorte für Kleinbetriebe geschaffen werden können. Einigkeit herrschte darüber, dass es einfacher werden muss, in der eigenen Wohnung zu arbeiten. Es blieb aber umstritten, in welchem Ausmaß sich die Nutzungsstrukturen verändern lassen.

In Bezug auf die konkrete Handlungsperspektive wurde die Aufgabe diskutiert, wie der akut bedrohte Bestand an Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben in den beiden Projektgebieten gesichert werden kann. Das Konzept einer lokalen Entwicklungsagentur wurde mehrheitlich als zu aufwendig und als nicht finanzierbar abgelehnt. Das Ziel müsse vielmehr sein, dem Quartiersentwickler den Zugriff auf kompetente fachliche Beratung zu ermöglichen. Aufgabe des Quartiersentwicklers wäre es, das für eine Kooperation der verschiedenen Akteure erforderliche Vertrauensverhältnis herzustellen und zu pflegen. Als möglicher Anknüpfungspunkt könnte sich dabei ein mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds kofinanziertes Projekt erweisen, das ab Juni 2001 im Hamburger Osten (v.a. Hamm / Horn) Kleinbetriebe beraten wird. Es soll geprüft werden, ob dieses Projekt seine „mobile Beratung“ auch in Lurup anbieten kann. Einigkeit herrschte darüber, dass durch die Bündelung von Ressourcen in Lurup versucht werden soll, ein Pilotprojekt zur Bestandssiche-

rung von Kleinbetrieben zu initiieren und darüber hinaus zu präzisieren, welche Angebote eine lokale Wirtschaftsförderung vorhalten müsste.

Abschlussdiskussion

Wie könnte ein Netzwerk für den Stadtteil Lurup aussehen? Wie geht es weiter nach der Themenkonferenz? Nach der Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen wurden in einer Abschlussdiskussion verschiedene Vorschläge eingebracht, die das Thema „Arbeit und Beschäftigung“ in Lurup voran bringen könnten. So wurde die Idee eines zu schaffenden Koordinators aufgegriffen, der eigens zur Vernetzung der Betriebe mit den Schulen und anderen Einrichtungen und Trägern des Stadtteils einzusetzen wäre. In jedem Fall seien *verlässliche und langfristige Strukturen der Kooperation* zu schaffen. Dies ist nicht über einzelne Programme möglich, sondern braucht eine gesamtstädtische Strategie und damit dauerhaften (von den Wahlen unabhängigen) politischen Rückhalt, über die Parteistrukturen hinweg. Zudem ist eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik nur in einem räumlichen Bezugsrahmen möglich, der über die Modellgebiete hinausreicht. U.a. sind die Mieten für den Einzelhandel zumindest von den Wohnungsgesellschaften zu senken, und bei Entscheidungen zur Ansiedlung großer Märkte muss auch die Bestandssicherung von Kleinbetrieben des Umfeldes in die Überlegungen mit einbezogen werden. Obwohl sich viele dieser Vorschläge nur in langfristigem Bemühen umsetzen lassen, war am Ende des Tages doch viel Optimismus zu spüren.

5. Schlussfolgerungen der Programmbegleitung

Aus Sicht der Programmbegleitung hat die Tagung deutlich gemacht, dass das Handlungsfeld Arbeit und Beschäftigung im Programm Soziale Stadt unzureichend verankert ist. Der enge Gebietszuschnitt schafft eine problematische Ausgangslage, da die Herausforderung, im reinen Wohngebiet Betriebsgründungen und -ansiedlungen zu unterstützen, weder kurzfristig noch mit den Instrumenten der Quartiersentwicklung bewältigt werden kann. Dies um so mehr, da aktuelle Nachverdichtungen der SAGA mögliche Handlungsspielräume weiter einschränken. Fasst man den räumlichen Handlungsbereich des Quartiersentwicklers etwas breiter, stellt sich das Problem der Stabilisierung der lokalen Nahversorgungszentren, das nur durch die Einbeziehung privater und städtischer Finanzmittel, externen Know-hows und durch die Abstimmung mit der überörtlichen Planung und Genehmigungspraxis lösbar ist. Auch die Mobilisierung bezirksweit agierender Akteure für die Zwecke der Sozialen Stadt ist bisher nur begrenzt möglich: Der Wirtschaftsförderung des Bezirks fehlen ein eigenes Budget und Entscheidungskompetenzen; ebenso fehlen auf die Belange von Kleinst- und Kleinbetrieben zugeschnittene Förderprogramme der Wirtschaftsbehörde. Bezogen auf die Bemühungen zur Integration der Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zeigt sich, dass eine zu starke Zersplitterung der Programme, Zuständigkeiten und der Ansprechpartner einem transparenten und wirkungsvollen Kooperationsnetz mit den Betrieben in und um Lurup im Wege steht.

Diese Vielzahl von strukturellen Hindernissen machen deutlich, dass sich Lösungsansätze weniger im unmittelbaren Handlungsfeld des Quartiersmanagements, etwa durch die Auf-

stockung personeller Ressourcen, suchen lassen; es wird in Zukunft vielmehr darauf ankommen, die Verknüpfung und Abstimmung lokaler, bezirklicher und gesamtstädtischer Politiken, Ressourcen und Akteure wirkungsvoll voranzutreiben. Das strategische Ziel ist hierbei eine Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen in den Handlungsfeldern, in denen sich die Überwindung der sektoralen und fachbezogenen Denk- und Handlungsmuster als unumgänglich erweist; die fachübergreifende Integration von Geld, Know-how und Kooperationsnetzen ist in der Regel nur vor Ort, d.h. raumbezogen möglich. Ebenso unstrittig ist, dass im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung die sektorale Arbeitsteilung der Fachbehörden nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden soll. Das Ziel der Dezentralisierung beinhaltet daher ebenso eine an inhaltlichen Kriterien orientierte Aufgabenteilung zwischen den raumbezogenen und den zentralen, fachbezogenen Ressorts einschließlich einer weitgehenden Vermeidung von Zielkonflikten.

Für den mittelfristigen Handlungsbedarf ergibt sich hieraus zunächst das Ziel, dass zwei Fachressorts - die Wirtschaftsbehörde und die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung -, die innerhalb der Sozialen Stadtentwicklung eine entscheidende Rolle spielen müssten, in den Prozess einzubinden sind. Die Wirtschaftsbehörde müsste sich zunächst den Fragen öffnen, wie die derzeitige Förderkulisse auch auf die Belange von Kleinst- und Kleinbetrieben zugeschnitten werden kann und wie eine sinnvolle Kompetenzverlagerung dieses Aufgabenbereiches auf die Ebene der Bezirke aussehen kann. Die BSJB müsste darauf reagieren, dass den Schulen in den Gebieten der Sozialen Stadt eine wesentlich bedeutendere Rolle bei der Vorbereitung und Integration der Jugendlichen in die Arbeitswelt zukommen muss und dass Schulen eine entscheidende Schnittstelle zu den vor Ort und im Umfeld ansässigen Betrieben sind, die sich in Fragen der Ausbildung in der Regel auch als sehr kooperationsbereit zeigen. Hierbei geht es um die Bereitstellung von personellen Ressourcen für den Aufbau und die Pflege von langfristig angelegten Kontaktnetzen zur Arbeitswelt und um die Gewährung von mehr lokaler Gestaltungsfreiheit in Bezug auf Lerninhalte und Lernformen an den Haupt- und Realschulen. Mittelfristig muss weiterhin ein weniger normativ aufgeladener und statt dessen experimentierfreudigerer Umgang mit der Förderung der Nutzungsmischung und der Frage der Abschaffung der reinen Wohngebiete gefunden werden, an dem die Kammern stärker beteiligt werden sollten.

In Bezug auf den kurzfristigen Handlungs- und Maßnahmenbereich geht es um den Aufbau eines Kooperationsnetzwerkes, das sich v.a. an einer klar definierten Aufgabenzuteilung orientieren muss. Hierzu könnte gehören:

- Der Quartiersentwickler nimmt, unterstützt durch die Programmbegleitung, verstärkt Kontakt zu den Kleinbetrieben und insbesondere zu den Einzelhandelsbetrieben in den Quartieren der Sozialen Stadt und den angrenzenden Nahversorgungszentren auf. Er ist zuständig für den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses und die Feststellung von Beratungs- und Förderbedarfen. Über eine mobile Beratungseinrichtung erhält er Zugriff auf fachliches Know-how bzw. vermittelt den Kontakt zwischen Beratern und Betriebsinhabern.
- Die Wirtschaftsbeauftragte des Bezirks konzentriert sich auf die Beratung von Kleinbetrieben, v.a. im Bereich des Handwerks, und arbeitet zusammen mit der Wirtschaftsbehörde an der Schaffung einer kleinbetrieblichen Förderkulisse (Zugang zu günstigen Kleinkrediten, preiswerten Beratungsdienstleistungen, revolvingenden Fonds etc.). Die

Kontakte zu den Kammern und Innungen sollten ausgebaut werden, da diese in den Prozess der Sozialen Stadtteilentwicklung noch stärker integriert werden können.

- Die Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und andere Institutionen, die sich mit Unternehmensansiedlungen befassen, überprüfen gemeinsam mit Qualifizierungsträgern, ob im Falle einer Ansiedlung oder Verlagerung über gezielte Qualifizierungsmaßnahmen Arbeitslose aus den benachbarten Stadtteilen vermittelt werden können. Dieses u.a. in den Niederlanden erfolgreich erprobte Verfahren bietet sich z.B. bei der Entwicklung der Gewerbefläche am Farnhornweg an. Darüber hinaus sollte dem Bezirk Altona mehr Mitsprache bei der Flächenvergabe eingeräumt werden, damit die lokalen Belange stärker berücksichtigt werden.
- Das Arbeitsamt und die BAGS erleichtern die räumliche Verzahnung unterschiedlicher Projekte (wie Job-Club mobil und Personalagentur) und vermeiden, dass der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern zulasten der Kooperationsbereitschaft der Unternehmen geht. Zukünftig geförderte Vermittlungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sollten an die Schaffung eines langfristigen angelegten Kontaktnetzes zu Betrieben des ersten Arbeitsmarktes gekoppelt werden, in das auch die Schulen einzubinden sind.
- Die Quartiersentwickler sollten in dem Handlungsfeld Arbeit und Beschäftigung stärker zusammenarbeiten, da viele Kontakte und Ideen überlokale Bezüge haben und evtl. auch eine Arbeitsteilung zwischen den Quartiersentwicklern sinnvoll ist.

Bei der Projektförderung stehen zwei Projekte im Vordergrund, die insbesondere bei der Einbeziehung der Wirtschaftsbehörde und der BSJB hilfreich sein können:

- Das von der Haupt- und Realschule Veermoor initiierte Projekt „Runder Tisch Ausbildung - Beschäftigung“ und hieraus hervorgegangene Ideen wie eine Berufebörse sollte von der BSJB Unterstützung erfahren, da hier ganz konkret mit dem Aufbau eines zentralen Handlungsbausteins begonnen wird.
- Das Hamam-Projekt der Luruper Frauenose bekommt derzeit durch ein Investorenprojekt in Altona Konkurrenz. Die Genehmigung dieses Projektes darf sich nicht allein an der Logik von Investoren und Fachressorts orientieren, sondern muss die lokalen Interessen einbeziehen. Dies könnte beispielsweise durch die Lenkung eines Teils des Investitionsinteresses auf Lurup und das dortige Hamam-Projekt geschehen, wofür im Gegenzug dem Investor an anderer Stelle eine privilegierte Behandlung seiner Wünsche angeboten werden könnte.

Anhang: Teilnehmerliste

1.	Bantschenko, Erika	Luruper Frauenoase	Stückweg 32a 22547 Hamburg
2.	Beck, Gisela	GATE	Martin-Leuschel-Ring 10a 21073 Hamburg
3.	Bertram	Arbeitsamt Altona	Alte Königstr. 8-14 22765 Hamburg
4.	Bethge	Emmaus-Gemeinde	Kleiberweg 115 22547 Hamburg
5.	Beyens, Birgit		Fahrenort 69 22547 Hamburg
6.	Breckner, Ingrid	TU Hamburg-Harburg	Woellmerstr. 1 21075 Hamburg
7.	Christiansen, Anna	Straßensozialarbeit	Lürdersring 2c 22547 Hamburg
8.	Cramer	DIVC	
9.	Danker, Knut	Stiftung Grone-Schule	Heinrich-Grone-Stieg 1 20097 Hamburg
10.	Deppe-Schwittay, Wolfgang	Offene Ganztagsschule Veermoor	Veermoor 4 22547 Hamburg
11.	Fischer, Klaus	Handwerkskammer Hamburg Ref. Wirtschaft, Statistik, Bezirke	Holstenwall 12 20355 Hamburg
12.	Freytag	Koordinierungstelle Weiterbildung & Beschäftigung	Kapstadtring 10 22297 Hamburg
13.	Fründ, Claudia	Bezirksamt Wandsbek	Schloßstr. 60 22041 Hamburg
14.	González, Toralf	TU Hamburg-Harburg	Woellmerstr. 1 21075 Hamburg
15.	Grasser, Cathy	DIFU	Straße des 17. Juni 112 10623 Berlin
16.	Guder, Hilmar	Hermes Schleifmittel Personalabteilung	Luruper Hauptstr. 106 22525 Hamburg
17.	Gutdeutsch, Cordula	KIFAZ	Netzestr. 14a 22547 Hamburg
18.	Gutenmorgen, Birgit	Bezirksamt Altona Koordinationsstab	22758 Hamburg
19.	Hagedorn, Klaus	Lawaetz-Stiftung Lohbrügge-Nord	Binnenfeldredder 32 21031 Hamburg
20.	Harpe, Ingrid	Bezirksamt Altona Ortsamt Blankenese	22585 Hamburg
21.	Hartmann, Matthias	Handwerkskammer Hamburg Projektmanagement	Holstenwall 12 20355 Hamburg
22.	Häsler, Gesa	Verein zur Förderung der berufl. Bildung	Spohrstraße 2 22083 Hamburg
23.	Heldt, Ute	STEB	Wexstraße 7 20355 Hamburg
24.	Herrmann, Heike	TU Hamburg-Harburg	Woellmerstr. 1 21075 Hamburg
25.	Hiemstra, Wulf-Peter	Hamburger Arbeit	Behringstr. 14-28 22765 Hamburg
26.	Hinner, Vera		
27.	Höneköpp, Irja	CONVENT	Haubachstr. 74 22765 Hamburg
28.	Hornauer, Dr. Uwe	Bezirksamt Altona	22758 Hamburg
29.	Jänke, Katrin	CONVENT	Haubauchstr. 74 22765 Hamburg

30.	Jungen, Silke	Luruper Frauenoase	Schenefelder Holt 71 22589 Hamburg
31.	Klonczynski, Stefanie	TU Hamburg-Harburg	Woellmerstr. 1 21075 Hamburg
32.	Köhler, Manfred	Berufsbildung Thedestraße	Thedestr.39 22767 Hamburg
33.	Komineck	Koordinierungsstelle Weiterbildung & Beschäftigung	Kapstadtring 10 22297 Hamburg
34.	Kovac, Drago	BAGS Amt für Arbeit und Soziales	Postfach 76 01 06 22051 Hamburg
35.	Kuhlmann, Michael	Handelskammer Hamburg	Adolphsplatz 1 20457 Hamburg
36.	Kurzewitz, Siegfried	Auferstehungsgemeinde	Flurstraße 1 22549 Hamburg
37.	Läpple, Dieter	TU Hamburg-Harburg	Woellmerstr. 1 21075 Hamburg
38.	Lauenburg, Peter	Mook Wat e.V. QuartiersBüro Dehnhaide	Hamburger Straße 180 22083 Hamburg
39.	Leverenz, Frau	Arbeitsamt Altona	Alte Königstr. 8-14 22765 Hamburg
40.	Liebegut, Waltraut	Soziale Dienste Lurup	Luruper Hauptstr. 164 22547 Hamburg
41.	Löhr, Rolf-Peter	DIFU	Straße des 17. Juni 112 10623 Berlin
42.	Löser, Heike	Rostocker Gesellschaft für Stadt- erneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau	Am Vögenteich 26 18055 Rostock
43.	May-Dietrich, Stefan	Jobclub Altona	Mendelssohnstr. 13 22761 Hamburg
44.	Mentz, Michael	Arbeit und Leben	Besenbinderhof 60 20097 Hamburg
45.	Müller, Frauke	Jobclub Altona	Mendelssohnstr. 13 22761 Hamburg
46.	Nahr, Heinrich	BAGS SR 21-62	Postfach 760106 22051 Hamburg
47.	Nehls, Maren	Jugendhilfe Ottensen	Hohenesch 79 22765 Hamburg
48.	Oehler, Wolfgang	CONVENT	Haubachstr. 74 22765 Hamburg
49.	Pauksch, Paul	Trion Institut	Friedensallee 41 22609 Hamburg
50.	Pfadt, Dr. Andreas	ASK	Lange Reihe 29 20099 Hamburg
51.	Pingler, Mechthild	Arbeitsamt Hamburg AA / 96	Kurt-Schumacher-Allee 16 20097 Hamburg
52.	Plempner, Burkhard	Moderator	Bötelkamp 31 22529 Hamburg
53.	Pohlandt, Klaus	SAGA Soziale Planung und Beratung	Große Bergstr. 145 22765 Hamburg
54.	Polkowski, Dieter	STEB	Wexstraße 7 20355 Hamburg
55.	Rocco, Bärbel		Ueckerstr. 14d 22547 Hamburg
56.	Roehl, Martin	Bezirksversammlung Altona Ausschuss für Wirtschaft u.Arbeit	

57.	Rosenberg, Christian		Netzestr. 36 A 22547 Hamburg
58.	Rössler-Yildirim, Christine	DB Reise & Touristik Personalentwicklung	Holstenplatz 20 22765 Hamburg
59.	Ruhl, Petra	Jobclub Altona	Mendelssohnstr. 13 22761 Hamburg
60.	Schacht, Kurt	Luruper Nachrichten	Bornheide 29 22549 Hamburg
61.	Schmemann, Regine	Agenda 21 - Altona	
62.	Schmidt, Jürgen	Bürgerschaft (SPD)	Schreinerweg 48 22549 Hamburg
63.	Schmitz , Ludger	STEG	Schulterblatt 26-36 20357 Hamburg
64.	Schmoock, Jonna	Bezirksamt Altona Koordinationsstab	22758 Hamburg
65.	Schönau		Entenweg 16 22549 Hamburg
66.	Schultz, Holger	Hermes Schleifmittel Personalabteilung	Luruper Hauptstr. 106 22525 Hamburg
67.	Seiffert, Marie-Luise	Wirtschaftsbehörde	Alter Steinweg 4 20459 Hamburg
68.	Selle, Anke	STEB	Wexstraße 7 20355 Hamburg
69.	Seravalle, Sara		Piazza Piemonte 8 I-20145 Milano
70.	Sievers	Luruper Frauenoase	
71.	Strauß, Wolf	Bezirksamt Altona Ortsdienststelle Lurup	Eckhoffplatz 12 22547 Hamburg
72.	Strehlow, Marlies	BAFF	Wichmannstr. 4, HS 12 22607 Hamburg
73.	Tank, Maren	Ev. Stiftung Alsterdorf	Netzestr. 24 22547 Hamburg
74.	Tengeler, Sabine	Luruper Forum	EKZ Elbgau-Passagen 22547 Hamburg
75.	Tiedemann	Arbeitsamt Altona	Alte Königstr. 8-14 22765 Hamburg
76.	Tittel	Ortsausschuss Blankenese	
77.	Vielhaben, Sabine	Jugendhilfe Ottensen	Hohenesch 79 22765 Hamburg
78.	Vogt, Petra		Flurstr. 7 22549 Hamburg
79.	Voß, Brigitte	FH Rauhes Haus	Nienstedtener Str. 2 22609 Hamburg
80.	Walter, Alois	BAGS Amt für Arbeit und Soziales	Postfach 760106 22051 Hamburg
81.	Wherli, Angelo	Altonaer Arbeitsförderungsgesellschaft	Paul-Ehrlich-Str. 3 22763 Hamburg
82.	Winter, Rüdiger	Arbeit und Leben	Besenbinderhof 60 20097 Hamburg
83.	Wöpke, Joachim	Luruper Forum	Dosseweg 5 22547 Hamburg